

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Anzeigerblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch das Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Sandorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsänderung, Streik u.ä. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 3spaltige Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbegeben unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 124

Sonnabend, den 19. Oktober 1929

31. Jahrg.

Donnerstag, den 24. Oktober, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 17. Oktober 1929.

Der Magistrat.

Personenstandsaufnahme.

Die Wohnungen, Hausstätten und Betriebsstätten sind sofort in der Stadtschreiberei abzugeben.

Kemberg, den 18. Oktober 1929.

Der Magistrat.

Politischer Wochenpiegel.

Der Kampf um das Volksbegehren. — Zündholzmonopol und Kapitalanlage. — Die Genfer Kohlenkonferenz. — Frankreich und Japans Zustimmung zur Seebefruchtung.

Die Berichtswoche liegt in innenpolitischer Beziehung voll und ganz unter dem Einfluß des von der Rechten propagierten Volksbegehrens, um das der Kampf bereits mit äußerster Heftigkeit entbrannt ist, und zwar in einer nicht immer sehr schönen Form. Auch der Reichstanzler gerichteten Schreiben, ganz entschieden dagegen zu protestieren, daß seine Person in die von allen Seiten mit den stärksten Regimen agitatorischer Wahlpropaganda aufgezogene Campaigne hineingezerrt werde. Dieses Votum erregte auch die Tatsache, daß der Bundtag für die Genfer des Volksbegehrens freigegeben wurde, während er angeblich der Anhängen verschlossen blieb. Allerdings wird behauptet, daß die letzteren zu Zweigesprächen und Disputationen am Mikrophon eingeladen worden wären, die hochmoderne Art der Austragung politischer Gegensätze aber abgelehnt hätten. Es war bis jetzt noch nicht festzustellen aus der Fülle der Erklärungen und Repliken, wer in diesem Streit der Meinungen nun eigentlich Recht behalten soll. In den Rahmen dieser aufweisenden Werbetätigkeit fällt auch eine stürmische Sitzung des preußischen Landtags. Den Anlaß dazu boten die deutschen Anträge gegen den Young-Plan, für die Erlaubnis an Beamte, das Volksbegehren mitmachen zu dürfen, und der Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett wegen des Stahlhelmschritts. Nebenbei hatten die Deutschenationen auch noch die Sklareff-Affäre in den Bereich ihrer Aktion gezogen. Ministerpräsident Braun und Innenminister Geheinfuß waren auf dem Plan erschienen, aber man konnte nicht behaupten, daß die Lösung nun, von denen das hohe Haus wiederhalla eine Klärung oder gar eine Verhütung gebracht hätten. So wird der Kampf also noch manches Moment von Verwirrung, Gefährlichkeit und politischer Verheerung höchst bedauerlicher Art bringen, bis das Ergebnis der Eintragungen endgültig festliegt.

Inzwischen verhandelte der Reichsfinanzminister dem eine Auffüllung seiner — ach, immer lo betrüfflichen — Kassen um 500 Millionen Reichsmark besonders auf tun wurde, immer noch mit dem Streichholzschönig Frau Krueger, und alle Dements vernehmen nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die Beratungen noch fortbauern und daß man mit einem Ergebnis in der nächsten Woche rechnen darf. Amtritten ist in der Hauptaufgabe nur noch die Realisierung der geplanten 500-Millionen-Anleihe, für die als Berechnungsfaktoren der Nominalzins von wahrscheinlich 6 Prozent, der Auszahlungsfurs von 93 Prozent und der Anteil des Schuldentrußs an dem Uebergewinn des Zündholzmonopols nach der Verteilung einer achtprozentigen Dividende in Betracht kommen. Wie hoch neben dem Anteil des Reiches an diesem Uebergewinn die Beteiligung des schwedischen Truhs bemessen werden soll, ist noch eine offene Frage. Für die Position des Finanzministeriums ist bei dem Schacher um den Gewinn natürlich fördernd und stützend, daß auch eine englisch-amerikanische Kapitaliengruppe nicht abgeneigt sein soll, dem Reich mit einer größeren Anleihe unter die Fests offenen Arme zu greifen.

In Genf ist bekanntlich seit einigen Tagen die Kohlenkonferenz im Gange. Es nehmen daran 22 Seebefruchtungsfähige aus der Kohlenindustrie, den Kohlenarbeitsverbänden und Vertretern von staatlichen Kohlenämtern und Verkaufsvereinigungen teil. Die Verhandlungen werden von dem Staatssekretär von Trendelenburg geleitet. Ein Hauptpunkt der Verhandlungen bildet die Aufteilung des Kohlenmarktes. Sowohl von englischer wie von deutscher Seite ist wiederholt dazu die An-

regung ergangen. Sie ist so gedacht, daß der Kohlenmarkt für jede Landesindustrie bestimmte Grenzen erhält, so daß die Konkurrenz ausgeschaltet bleibt und die Kohlenproduktion mit bestimmten Sätzen rechnen kann. Daß die Fözung dieser Frage außerordentlich schwierig ist, weil sie jede weitere Ausdehnung des Exports verhindert, läßt sich leicht vorstellen. Aus diesem Grunde wird es wahrscheinlich, wenn schon ein detailliertes Abkommen zustande gebracht wird, dazu kommen, daß die englische und die deutsche Kohlenindustrie eine Verständigung unter sich versuchen, und daß demnach die Ausbreitung des Marktes nicht so eng gelegt zu werden braucht.

In London sind die Antworten Frankreichs und Japans auf die Einladung zu der Seebefruchtungskonferenz eingetroffen. Sie lauten zuversichtlich. Aber das ist nur eine Formache, und wenn man die französischen Neuierungen überhört, die den Beschluß des Ministerrates begleiten und die Spalten der französischen Presse täglich füllen, so kann man sich schwerlich des Eindrucks erwehren, daß in Frankreich eine Stimmung vorhanden ist und Absichten verfolgt werden, die von vornherein die Verhandlungen der Londoner Fünf-mächte-Konferenz hart belainen werden. Auch in den Kommentaren zu der Annahme der englisch-amerikanischen Einladung kommen die zwei wesentlichsten Gesichtspunkte der französischen Politik wieder besonders deutlich zum Ausdruck, einmal die unbedingte Ablehnung eines Verzichts auf die Unterseebootmaße und zu anderen das Beharren auf der Forderung, daß der Abschluß eines Seebefruchtungsvortrages nur gleichzeitig mit einer Vereinbarung über die Verminderung der Land- und Luftzölle erfolgen könne. Dieser Auffassung stellt man in englischen politischen Kreisen die Hoffnung gegenüber, daß eine Verständigung über die Seebefruchtung das Zustandekommen von Vereinbarungen auf den anderen Gebieten erleichtern und beschleunigen würde und daß man deshalb zuerst den zunächstliegenden und am besten vorbereiteten Schritt tun solle. Es fragt sich nur, ob Frankreich solchen Gedankengängen gegenüber bereit sein wird, auf seine Politik der Vorbehalte zu verzichten.

Zur Schluß-Konferenz im Haag. Saarfrage und Youngplan.

Berlin, 18. Oktober.

Als Dr. Curtius sein Amt als stellvertretender Reichsaussenminister annahm, stand fest, daß er die Aufgabe haben werde, die Schlußverhandlungen im Haag zu führen und

die deutsche Unterseite

unter das Young-Abkommen zu stellen. Es ist aber kaum damit zu rechnen, daß die Schlußverhandlungen vor dem 15. Dezember aufgenommen werden. Da sie mindestens zwei Wochen laufen dürften, könnte man dabei disponieren, daß sie leicht zu Weihnachten der Hauptstadt unter Dach und Fach sei. Mit dieser langen Verzögerung haben auch

die Träger des Volksbegehrens

gerechnet, die sonst nur die Frage gestellt worden wären, ob es überhaupt Zweck hätte, das Volksbegehren durchzuführen, wenn es sich gegen einen bereits abgeschlossenen internationalen Vertrag wenden müßte.

Die Schuld an dieser Verzögerung

tragen die Kommissionen, die man im Haag eingeleitet hat und die ihre Aufgaben nur sehr schleppend durchführen. Am schnellsten arbeitet noch der Organisationsausschuß für die Reparationsbank, der wahrscheinlich schon in dieser, spätestens aber in nächster Woche seine Beratungen beenden haben dürfte. Zur Entscheidung steht dort eigentlich, außer kleinen technischen Fragen, nur noch

der Sitz der Bank und die Zusammenziehung des Vorstandes.

Daß ein Amerikaner den Vorsitz erhalten soll, ist inzwischen entschieden.

Es ist daher durchaus begründet, wenn sich die beteiligten Regierungen, namentlich Deutschland, bei dem Vorherrschen der Haager Konferenz, dem belgischen Ministerpräsidenten Jaipar, über den langjahren Gang der Verhandlungen in Paris, Brüssel und auch in Belgien beklagen. Aber auch Jaipar hat von sich aus bereits den Kommissionen eine Beschleunigung ihrer Arbeiten empfohlen.

Sowohl man hört, werden die Kommissionen für die Neuordnung des Saftlieferungsweins, für die Liquidierung der Veranlagung, für die Regelung der Ostreparationen, die Kommissionen zur Festsetzung der neuen Statuten der Reichsbank und der Reichsbahngesellschaft gerade in den Anfängen ihrer Aufgabe. Besonders in den ersten drei Kommissionen, die in Paris tagen, geht es sehr lebhaft zu, und es ist wegen der

Reichspräsident und Volksbegehren.

Hindenburg will nicht in den Streit gezogen werden.

Berlin, 17. Oktober.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichspräsident an den Reichstanzler das nachstehende Schreiben gelangen lassen:

Berlin, den 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichstanzler!

Mit steigendem Bedremden habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampf um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren befehligen Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Planes in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre, und von der anderen Seite betont, daß ich mich für die Annahme des Young-Planes ausgesprochen hätte.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder sonst einen Anlaß gegeben habe, meine persönliche Meinung zu diesem Problem beizumessen. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mir meine endgültige Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, in dem die hochbedeutsame Frage zur Erörterung reif ist und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Verbindung oder eine Aushebung der Verbindung verfassungsmäßig zustandekomme Gesetzesbeschlüsse an mich herantritt, und hieran halte ich mich wie vor.

Zu Hilfe Ste, Herr Reichstanzler, hieron Kenntnis zu nehmen und das Bestehende den im Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener

von Hindenburg.

Von Seiten der Reichsregierung wird hierüber erklärt: „Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, die Person des Herrn Reichspräsidenten entsprechend seinem Wunsch nimmend im Meinungsstreit um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.“

Kreditangebot an das Reich

... und das Zündholzmonopol.

Berlin, 17. Oktober.

Als in Berlin die Verhandlungen mit dem Leiter des Streichholztrustes liefen, tauchte die Aussicht auf, Deutschland hätte von englisch-amerikanischer Seite ein Kreditangebot erhalten, das außerordentlich günstig laute und an keine Bedingungen geknüpft worden sei. Man könnte nun den plötzlichen Abbruch der Kredit- und Monopolverhandlungen in Berlin mit dieser Meldung in Zusammenhang bringen. Es ist aber nur eine Verbindungswahrscheinlichkeit. Seitens der Regierung wird freilich beträchtliche Einschränkungen in der Monopolfrage gemacht worden. So will sie unbedingt das Hauptbestimmungsrecht über die Verkaufspreise behalten. Ueber die strittigen Punkte werden schon in alternativer Zeit weitere Besprechungen geführt werden.

Was das englisch-amerikanische Kreditangebot anlangt, so darf gesagt werden, daß es kein Angebot gemacht worden ist, sondern für den Fall einer günstigeren Kapitallage aus ein gewisser Kredit in Aussicht gestellt worden ist. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen, die namentlich Bankleute im Auftrage der Regierung führten. Bekanntlich hat der Reichsfinanzminister die Ansicht geäußert, eine Substanzanleihe anzuflehen. Er sah davon ab, weil der Geldmarkt besonders in Amerika das Aufkommen der Anleihe ungeheuer erschweren ließ. Aber die damals geführten Verhandlungen ließen doch erkennen, daß das Auslandskapital geneigt ist, im Notfall dem Deutschen Reich einen größeren Kredit zur Verfügung zu stellen. Diese Aussicht läßt sich selbstverständlich dem Finanzminister in den Verhandlungen mit dem Schuldentruß des Rückgrat, und keine konsequente Sattung allein war der Grund, daß die forcierten Verhandlungen in letzter Stunde unterbrochen wurden.

Die Genfer Seemannskongress.

Konflikt der Arbeitnehmerverbände.

Genf, 17. Oktober.

Die internationale Seeschiffahrtkonferenz, die kürzlich in Genf tagt, hat unter unglücklichen Vorzeichen begonnen. Die Gruppe der Arbeiter hat einen Jointsatz, der innerhalb der Gruppe der Seemannsverbände vorhanden ist, stattdessen eingeführt und sich zu einem Vorstoß gegen die geplante Einführung des internationalen Abkommens auf See waaggenommen. Der Konflikt hat sich zu jenerzeit, daß die praktischen Arbeiten der Konferenz vollkommen lahmgelegt sind, und seit Tagen bemüht sich das Büro und insbesondere der Direktor des Internationalen Arbeitsamts vergeblich um einen Ausgleich.

Da aber auch den Vertretern der beteiligten Regierungen viel an einer Durchführung der Konferenz und an der Erreichung praktischer Ergebnisse gelegen ist, versucht man, eine Kompromißformel zu finden, die dem besonderen Charakter der gemeinsamen Konferenz gerecht wird und die Schwierigkeiten ausmerzt. Diese Schwierigkeiten gehen zurück auf einen Konflikt zwischen den beiden Gruppen der englischen Seemannsorganisationen oder vielmehr auf die eigenartige Stellung der englischen Seemannsunion. Diese, die von jeher eine besondere Rolle spielte und namentlich im Kriege und in der Nachkriegszeit durch ihre feindselige Haltung gegenüber den deutschen Seeleuten der wiederkehrenden deutschen Schiffsahrt manche Schwierigkeiten bereitete, scheint an einem internationalen Abkommen nicht besonders interessiert zu sein, denn sie hat sich den englischen Regierungen gegenüber zum Verzicht auf eine internationale Regelung der Arbeitszeit und zu einem nationalen Abkommen bereit erklärt und hat die Aufforderung der übergeordneten Organisation, der Trade Union, Gruppenähnlich zu halten, abgelehnt.

Kein Stahlhelmsverbot fürs ganze Reich.

Eine Falschmeldung der „D. A. Z.“

Die „D. A. Z.“ berichtet: „Wie wir zuverlässig erfahren, haben Oberpräsidenten verschiedener Provinzen die ihnen nachgeordneten politischen Beamten darauf hingewiesen, daß unter Umständen schon für die nächste Zeit ein allgemeines Verbot des Stahlhelms für das ganze Reich ausgesprochen würde. Diese uns aus einwandfreier Quelle zu gehende Mitteilung muß deshalb höchst merkwürdig bezeichnen, weil der für das Verbot des weiblichen Stahlhelms angegebene Grund des militärischen Kampfbewusstseins für den Gesamtstaat nicht in Frage kommen kann.“

Wie hierzu vom Reichsinnenminister erklärt wird, ist diesem von einer Absicht, das Stahlhelmsverbot auf das ganze Reich auszudehnen, nichts bekannt. Auch ist ein Antrag auf Zustimmung zu einem derartigen Verbot beim Reichsinnenminister nicht gestellt worden. Vom preussischen Innenminister wird erklärt, daß weder mündlich noch schriftlich eine Mitteilung oder Anweisung an die Oberpräsidenten ergangen sei, die den Auftrag zu einer Unterrichtung der nachgeordneten politischen Beamten in diesem Sinne enthalten habe. Die Nachricht der „D. A. Z.“ sei gänzlich unzutreffend.

Liquidierung im Osten

zu harten Kämpfen gelangt. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß diese Beratungen den Youngplan in Frage stellen, da er im Prinzip ja bereits angenommen ist und es sich hier nur um die technische Auslegung der Grundbestimmungen handelt, so läßt sich doch sagen, daß gerade aus dem kleinen Streit sich die größten Verzögerungen ergeben. Selbst Briand soll über den Kleinstreit, der in den Kommissionen entbrannt ist, empört sein. Das ist deshalb leicht verständlich, da Frankreich gar kein Interesse daran hat, fest noch in den Kommissionen Schwierigkeiten zu machen. Hier sind es vielmehr die ungarischen Verbündeten, die Polen, das französische Interesse liegt in den Saar- und Räumungsfragen, von denen letztere gefürchtet sind, während die Saarverhandlungen mit dem Youngplan in keiner Weise verbunden werden sollen. Sie werden lediglich zwischen Frankreich und Deutschland verhandelt. Schon deshalb kann die Saarfrage mit dem Youngplan nicht in Zusammenhang gebracht werden, weil letzteres Endes jede über die Saar getroffene Verständigung den Rüstungsbefähigung müßte.

Gebietsrückgabe an Ungarn?

Gerüchte um Marjart.

○ Prag, 18. Oktober.

In Budapest diskutiert man in den politischen Kreisen seit einigen Wochen angebliche Aeuperungen des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, die sich gegen die verschiedenen ungarischen Verhältnisse gegenüber seiner Vereinstätigkeit betrafen haben soll, den alten, seit Kriegsende bestehenden Konflikt zwischen Ungarn und der Tschechien beizulegen. Die Ungarn haben die Einverleibung der Slowakei an der Donau in die Tschechien nie verwunden. Dort leben in der Tat Tausende von Ungarnen, die sich als Ungarn fühlen und sich bis auf den heutigen Tag nicht eingegliedert haben in das tschechoslowakische Staatsleben. Marjart soll nun vertraulich erklärt haben, er wolle über die Rückgabe jener Gebiete, deren Bevölkerung ungarisch sei, an Ungarn verhandeln, wenn nur das Donauufer im Freßburg der Tschechoslowakei erhalten bliebe.

Die Publikation dieser Aeuperungen Marjarts hat in Prag einen Sturm hervorgerufen, dessen Wirkung ein Dementi war. Freilich nicht ein direktes Dementi von Marjart selbst. Aber ein Dementi, das klar erkennen läßt, daß die Prager Regierung geneigt ist, auch gegen den Präsidenten der Republik festliche Unterhaltungen über eine solche Revision des Vertrags von Trianon abzuschließen. Infolgedessen aber enthält es auch die Tatsache, die ja längst kein Geheimnis mehr ist, daß nämlich der Nationalheld der Tschechien, Masaryk, schon heute zu den Heroen gehört, die zwar verehrt werden, deren Wort aber kein Gewicht mehr hat.

Beginnt der Kampf ernstlich?

Russischer Vormarsch in der Mandschurie.

○ London, 18. Oktober.

In Tokio eingegangene Meldungen aus Wladiwostok stellen eine starke Beunruhigung des chinesischen Hauptquartiers in Kirin über den Vormarsch der russischen Truppen auf der Bahn Singtau fest.

Die Russen haben dort Sinatshau in der Nähe von Futing befestigt und drohen auf die die chinesischen Truppen sehr bedeutsame Stadt Nan an dem Wege nach Charbin vorzumarschieren. Marschall Tschangshuihan hat auf die Mitteilungen über diesen besorgniserregenden Vormarsch hin sofort die militärischen Führer zu einer Beratung zusammenberufen, um die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu besprechen.

Aus Charbin wird gemeldet, daß in der Gegend zwischen Linting und Futing beständige Kämpfe zwischen Chinesen und Russen im Gange seien. Futing befindet sich in unmittelbarer Gefahr, von der russischen Vorhut besetzt zu werden. Nach einer weiteren Mitteilung ist eine chinesische Abteilung von 2400 Mann nach Kirin entzündet worden, um die Be-

legung der Stadt durch die russischen Truppen auf jeden Fall zu verhindern.

Vor einem Abkommen Fongs mit Nanjing?

○ Peking, 18. Oktober.

Die chinesische Regierung veröffentlichte eine Verlautbarung über die politische Lage in China, in der mitgeteilt wird, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges durch die neuen Friedensverhandlungen zwischen Tschangshai und Fong beseitigt sei. Es sei der Regierung gelungen, durch Vermittlung des Generals Yen den Vormarsch der Truppen Fongs auf Peking zum Stillstand zu bringen. Die Regierung hoffe in den nächsten 24 Stunden mit Fong ein Abkommen zu treffen.

Rückkehr des deutschen Botschafters nach Amerika.

Bremen, 17. Oktober. Mit dem Schnelldampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd trat der deutsche Botschafter in Washington, Herr von Britzow-Graffen, mit seiner Gattin die Reise nach Amerika an. Auf dem vollbesetzten Dampfer begibt sich auch der Dneprerichter Fjzmaurice nach den Vereinigten Staaten.

Strafgericht in Kabul.

Kairo, 17. Oktober. Nach einer Belandmachung Kabir Aghas hat der Bruder Aman Allah, Abul Allah Khan, auf den afghanischen Thron verjagt und die Regierung um die Genehmigung gebeten, ins Ausland gehen zu dürfen. Der Bruder Habib Allah wurde von einem Gericht Kabir Aghas um Tode verurteilt.

Silbermünzen für den Zeppelin-Weltflug.

Berlin, 18. Oktober. Der Reichspräsident gab seine Zustimmung zu einer Vorlage, die die Ausprägung von Silbermünzen aus Anlaß des ersten Weltfluges des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ bezweckt. Es sollen drei Millionen Mark Dreimarkstücke und zwei Millionen Mark Fünfmarkstücke als Erinnerungsmünzen auf allen deutschen Münzstätten geprägt werden. In der Begründung heißt es, daß der erste Weltflug des „Graf Zeppelin“ ein Ereignis von derart überragender Bedeutung ist, daß es gedenkwürdig erscheint, diese Tat durch die Ausgabe einer Erinnerungsmünze auch für die Nachwelt festzuhalten. Die Schaulust wird die durch Rängen- und Treppengänge veranschaulichten nördlichen und südlichen Teile der Weltflugzeit; in der freien Mittelstufe ist das Luftschiff dargestellt. Ueber ihm das Wort „Zeppelin“, darunter das Wort „Weltflug“.

Der österreichische Justizminister in Berlin.

Berlin, 18. Oktober. Der österreichische Bundesminister für Justiz, Dr. Slama, ist in Begleitung seiner Gattin in Berlin eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich der Reichsjustizminister v. Guérard und der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Franz mit seiner Gattin, auf dem Bahnhof eingefunden. Minister Dr. Slama hat im Laufe des Vormittags dem Reichsjustizminister einen Besuch abgestattet.

Haushaltsausschuß am 28. Oktober.

Berlin, 18. Oktober. Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist zur Beratung der Haushaltsausführung und verschiedenen Berichten zum Montag, den 28. Oktober, einberufen worden.

Freispruch von der Anklage der Geheimbündelei.

Kiel, 18. Oktober. Der Student Robeinsty und vier andere junge Leute aus Kiel waren beschuldigt worden, im Mai vorigen Jahres in geheimen Zusammenkünften den in Preußen verbotenen Wikingbund weitergeführt zu haben. In dieser Angelegenheit wurde jetzt vor dem Kieler Schöffengericht verhandelt. Die Angeklagten wurden freigesprochen, weil nicht erwiesen werden konnte, daß sie nach dem Erlaß des Amnestiegesetzes vom 1. Januar 1928 weiterhin eine geheime Verbindung unterhalten hätten.

Rundfunk und Volksbegehren

Stuttgart, 18. Oktober. In der Pressebesprechung vom jüdischen Rundfunk kam auch die Benutzung des Rundfunks durch die Reichsminister aus Anlaß des Volksbegehrens zur Sprache. Der Leiter des jüdischen Rundfunks, Generalmajor Dr. Wanner, betonte die grundsätzliche parteipolitische Neutralität des Rundfunks, die nur durch die sogenannte Zwangsauslage der Staats- und Reichsregierung, die einen Teil der Konzeption darstelle, eingeschränkt sei. Diese Einschränkung sei vom Standpunkt des Rundfunks aus, der lediglich kulturelle Aufgaben habe, bedauerlich. Es sollte doch möglich sein, für politische Zwecke andere Kanäle zu benutzen. Von dem Recht auf Durchgabe solcher Anlagengenehmigungen haben bisher alle Regierungen Gebrauch gemacht, wenn auch nicht in diesem Umfang, wie anläßlich des Volksbegehrens. Drohbriefe und Zustimmungserklärungen seien in großer Zahl eingegangen, doch habe der Rundfunk in dieser politischen Angelegenheit kein Interesse daran, Schläge oder Dank zu ernten.

Bürgermeister Schneider suspendiert.

Wie dürfte das Disziplinargericht entscheiden?

○ Berlin, 17. Oktober.

Durch ein jetzt von der Bezirksverammlung Berlin-Mitte einstimmig beschlossenes Mißtrauensvotum gegen den Bezirksbürgermeister Schneider ist im Falle Klare-Schneider eine neue Lage entstanden. Das Mißtrauensvotum der Bezirksverammlung hat nicht die Wirkung, die ein Mißtrauensvotum eines Parlaments gegen eine Regierung hat. Aber es ist eine Unmöglichkeit für die von der Bürgererschaft gewählten Vertreter, mit einem Bürgermeister arbeiten zu müssen, dem sie ihr Vertrauen nicht mehr zu geben vermögen.

Auf Grund der bisher bei den Disziplinargerichten gesammelten Erfahrungen wird vermuthlich eine Entscheidung dahin zu erwarten sein, daß dem Bürgermeister Schneider ein Teil der Pension zuerkannt wird, wenn auch nicht auf Lebenszeit, so doch für eine gewisse Zeit, um ihm die Möglichkeit zu schaffen, einen anderen Beruf zu ergreifen.

Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, hat Bürgermeister Scholz sich in Vertretung des Oberbürgermeisters dem Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt die Ausübung seiner Amtstätigkeit auf Grund des Disziplinarerlasses vorläufig unterlagert.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 18. Oktober 1929

Sonntagsgedanken.

Nach dem Fahren und Treiben des Alltags mit seinen Sorgen und Mühen, seiner Not und Arbeit, seiner meist kümmerlichen, vielleicht auch nicht einwandfreien Erholung am Abend ist wieder für Stunden eine Zeit der Ruhe gekommen. Ein Tag, der der Besinnlichkeit und der inneren Befähigung dienen soll, der die Besinnlichkeit und die Fähigkeit ist, die die Allmacht Gottes uns vergegenwärtigen und für unsere Dank darbringen. Es genügt aber nicht, daß wir in die Kirche gehen oder auch im stillen Kämmerlein unsere Andacht verrichten. Auch unsere sonstige Sonntagsfeier soll der Würde des Tages entsprechend sein. Das ist nicht mit sich selbst, daß man am Sonntag nicht fröhlich sein soll, und daß man sich nicht dem Vergnügen hingeben darf. Aber es gibt da eine gewisse Grenze der Fröhlichkeit und des Vergnügens, die nicht überschritten werden darf.

Recht verstehen die Menschen unter Feiertag nicht immer noch den Sonntag zu feiern. Sie begreifen manchmal Feiertag in dieser Beziehung. „Du sollst den Feiertag heiligen“, so lautet das Gebot des Schöpfers. Alles Unheilige, alles, was sich mit der Heiligung des Sonntags nicht verträgt, das sollte man verbannen. Seid fröhlich mit den Fröhlichen, aber weidest die, die es nicht verstehen, den Sonntag recht zu feiern. Die Frauen und die Läßigen in dieser Beziehung sollte man aber durch gutes Beispiel dazu anhalten, von ihren Fehlern und Schwächen zu lassen. Gerade ihnen soll man ein Vorbild sein in gottesfürchtigem Handeln nach dem Herrn wohlgefalligen Tun. Das ist das höchste Sonntagswerk, das man an diesem Tage vollbringen kann.

Auf den Feldern ist Ruß. Das Leben und Treiben auf den Feldern hat aufgehört. Al und so führt nur noch das Knarren der Räderwagen die ländliche Stille. Auch mit der Winterarbeit ist der Landmann fertig, denn St. Lukas, der den Winter mit ins Land bringt, ist da. Dann muß die Aussenarbeit beendet sein, so weiß es auch der heutige Landmann von seinen Vortatoren. Für ihn bleiben eine ganze Reihe neuer Arbeiten übrig. Nun geht es hinaus in den Wald, wo die Holzschläger bereits mit ihrer Art warten, um ihre Arbeit zu beginnen. Bald wird der dumpfe Lärm der Hackschneidemaschinen über die Büsche hallen. Wenn die Entearbeit vorbei ist, ermahnt die Waldmannschaft Da beginnt für Wäpfer Lampe eine schlechte Zeit. Er hat keinen Unterfluch mehr, wo er sich vor den Jägern mit ihren Hunden verbergen kann und flüchtet vor den drohenden Büchsen von einem Kauer ins andere. Fröhliche Wäpfer von Viehhaltern suchen sich den ängstlich in den Gräben und an den Feldrainen vor den Blicken der Menschen zu verbergen. Oft wird gar plötzlich die Ruhe auf den Feldern gestört, wenn das Echo des Büchsenhusses darüber hinweghällt. Aber das Leben bleibt erstehen. Die Jäger brauchen Ruhe, um Kraft zu sammeln für kommende Monate des Jagstums.

Eine für Ladenbesitzer wichtige Entscheidung. Wegen eine polizeiliche Strafverfügung hatte ein Zigarren Ladenbesitzer Verfügung erlassen. Es handelte sich dabei darum, daß der Inhaber eines Ladens einen Koffer eine in Laufe des Tages gestaute und bezahlte Ware erst nach Ladenabschluss, also 7 Uhr, überreichen dürfe. Er hatte geglaubt, daß dieses zulässig sei, da der Kauf nach seiner Ansicht mit dem Zahlen beendet war. Nach einer Entscheidung des Kammergerichts ist es aber so, daß das Kaufgeschäft rechtlich erst mit der Übergabe der Ware als abgeschlossen angesehen wird, so daß sich also auch im vorliegenden Falle ein Teil der Verkaufsabhandlung noch in die verkauften Zeit nach 7 Uhr erstreckt. Die Polizeiverfügung bestand also zu Recht. Vom Vorliegenden des Zigarren Amtesgerichts entsprechend aufgelöst, tat der Angeklagte das einzig richtige, indem er seinen Einspruch zurückzog.

Wittenburg, 18. Okt. In einer Gedächtnisfeier für den heimgegangenen Pfarrer Reichardt, früher Rektor von Kotta, hatte sich am Mittwoch nachmittag 1/3 Uhr eine zahlreichere Trauergemeinde in der Friedhofskapelle eingefunden, darunter eine Reihe von Geistlichen im Ornat aus den Kirchorten Wittenburg und Remberg, Mitglieder der Kirchenverwaltung, des Vaterländischen Frauenvereins, des Jungmädchenvereins, des Kirchspiels Kotta, Chorgliedern des Wittenburger Saxo-Thuringia. Seiner ergreifenden Trauerrede hatte Pfarrer Vertram zugrunde gelegt das Wort Matth. 25, 21: „Gut du frommer und getreuer Knecht, du bist über weniger getreu gewesen, ich will dich über viel lieber, gehe ein zu deinem Herrn Freunde“. Eingehend sprach er von seiner Treue in seinem Wirken und Arbeiten in seinen Gemeinden, aber gedachte auch mit bewegten Worten der menschlichen Leiden, die er hat durchmachen müssen, und warnte sich mit Worten des Trostes an die trauernden Hinterbliebenen, besonders an die Gattin und Tochter. Langsam und ernst setzte sich der Trauerzug in Bewegung zum Grabe hin. Dort wurde ihm nach vollzogener kirchlicher Einsegnung noch manche Ehreung zuteil und manches Wort der Trauer und des Gedächtnisses ihm nachgerufen. Im Namen der Turnerstaffel sprach sein Freund, Pfarrer i. R. Kreyer-Dalle, für seine Gemeinden Pfarrer Ahms, für den Freybergdamm Pfarrer Döden. Eine Reihe prachtvoller Kränze wurden ihm gewidmet unter kurzem Begleitwort. Der Jungmädchenverein sang: „Wohin o müder Wanderer“, drei Hände voll Erde wurden von vielen ihm nachgeworfen als Zeichen des Gedankens und die ergreifende Trauer- und Begräbnisfeier hatte ihr Ende erreicht.

Wartenburg, 14. Okt. In der Nacht zum 14. Oktober wurden aus der hiesigen Dampfmolkerei durch Einbruch 150 Pfund Butter gestohlen. Die Butter ist halbpfundweise in weißen Papier mit der Aufschrift Dampfmolkerei Wartenburg verpackt. — Lehrer Vorkamp, aus Westpreußen stammend, ist von Bielsky nach Wartenburg verlegt worden. Lehrer Seidel aus Wartenburg hat die freie Stelle an der Knabenkule zu Bielsky übernommen.

Coswig (Anhalt), 15. Okt. Arbeitslose gründen eine G. m. b. H. Der Inhaber einer Großschleiferei war in Zahlungsschwierigkeiten und in Konturs geraten, worauf

Jeder, der deutsch denkt und deutsch fühlt, muß sich für das deutsche Volksbegehren einzeichnen!

die Belegschaft den Lohn für zwei Wochen verlangte. Da sie ihre Ansprüche aber nicht erfüllt sahen, taten sie sich kurz entschlossen zusammen und gründeten die „Anhaltische Holzindustrie Coswig G. m. b. H.“

Desau. Die zweite Herzogshochzeit in Dessau. Nachdem in Berlin die landesamtliche Eheschließung des Herzogs Ernst von Anhalt mit der geliebten Ehefrau Eva Charlotte v. Rejster geb. v. Steppart stattgefunden hatte, fand im Schützenpark des herzoglichen Residenzschlosses zu Desau die feierliche Trauung durch den Oberhofprediger, Generalallierintendant a. D. D. Hoffmann unter Assistenz des Pastors Sachs und eines Berliner Geistlichen statt. Am Anschluß daran fand im herzoglichen Schloß das Hochzeitdinner statt. Das herzogliche Ehepaar wird sich vorläufig auch im Schloß zu Desau niederlassen.

Mühlberg. Wachsen des Interesses für den Elbebrückenbau. Seit Jahren sind in Mühlberg die Bestrebungen wiederaufgenommen worden, bei Mühlberg eine Brücke über die Elbe zu errichten. Der Bau einer solchen Brücke wird für notwendig gehalten, weil zwischen Lomau und Mühlberg eine lange Elbarme ohne Brücke liegt und Mühlberg wegen seiner Lage in der Mitte zwischen beiden Uferbergen vor Strehla und Belbern als der geeignetste Ort erscheint. Der zur Werbung für den Brückenbau seinerzeit gegründete Brückenbauverein hielt jetzt seine Jahresversammlung ab, in der über die bisherigen Schritte und Erfolge des Vereins berichtet wurde. Der Verein hat eine ganze Anzahl Mitglieder bei den interessierten Behörden, Gemeinden, Gesellschaften, Abgeordneten usw. gewonnen. So gehören ihm neben verschiedenen Gemeinden des Kreises Liebenwerda die Handelskammer in Halle, der zuständigen Gau des Adac und verschiedene Abgeordnete an. Die Provinzialbehörden stehen dem Planplan freundlich gegenüber. Der Kreis Liebenwerda stellt seinen Beitritt in Aussicht.

Witterfeld. Um das Kreisstranzenhaus. Der Kreisrat des Kreises Witterfeld hielt jetzt eine letzte Sitzung vor den Neuwahlen in Jörbig ab. Hauptberausungspunkt war der Bau des Kreisstranzenhauses, dessen Kosten sich auf 2 Millionen Mark belaufen, gegen 1 Million Mark nach dem Vorschlag. Die zur Finanzierung des Projektes notwendigen Mittel werden von einer GmbH. aufgebracht. Die an der auch die Großindustrie maßgeblich beteiligt ist. Die Stammkapitalien müssen wegen der großen Kostenüberschreitung schon im Vorjahre um je 50 000 Mark erhöht werden, und auch jetzt hat man sich zur nochmaligen Erhöhung um 50 000 Mark je Anteil gewonnen. Das neue Stranzenhaus wird Anfang Dezember seiner Bestimmung übergeben. Der Kreisrat hat ferner die Angliederung der Jörbiger Sparte an die Kreisparität beschlossen.

Waldorf. Bei einer Revision... Vor einigen Tagen wurde bei einer Revision der Bücher des Spar- und Vorruhevereins Waldorf ein Fehlbetrag von 24-30 000 Mark entdeckt. Nach Prüfung der Sachlage scheint weniger ein Betrugsfall als Nachlässigkeit in der Buchführung vorzuliegen. Von der Staatsanwaltschaft ist ein Verfahren eingeleitet worden.

Zuda (Altenburg). Der neue Haushaltsplan ist vom Kreisamt geprüft und fast zumungünstigen Ergebnissen worden. Bürgermeister Dr. Grube erklärte in der letzten Stadtratssitzung, daß ein Arbeiten mit diesem veränderten Etat unmöglich sei. In allen Kapiteln sind Streichungen vorgenommen worden, und der Fehlbetrag wurde auf 28 000 Mark herabgedrückt. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde nach teilweise stürmischer Aussprache ein sozialdemokratischer Protektionsantrag angenommen und der gefällte Etat abgelehnt, so daß auch in Zuda die Regierung eingeleitet muß.

Zena. Aufhebung des Weinachtsmarktes. In einer Beschlusse des Einzelhandelsverbandes Zena wurde mitgeteilt, daß der Verband eine weitere Verminderung der Jahrmärkte erreicht hat, so daß in diesem Jahre kein Weihnachtsmarkt abgehalten wird. Auch der Kampf gegen die Warenlager wurde erfolgreich fortgesetzt. An den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten sollen die Waren von 2 bis 6 Uhr nachmittags offen gehalten werden.

Schlei. Bei einer schweren Schlagschlag, die abends in Schlei zwischen Arbeitern, die bei den Sperrarbeiten beschäftigt sind, stattfand, wurde der 23 Jahre alte Hugo Timm aus Nordhausen durch Messerstiche in den Arm und Unterleib so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus zu Gersdorf gestorben ist. Als Täter kommt der 19 Jahre alte Rudi Wanger aus Canburg in Frage. Er wurde dem Amtsgericht Schlei zugewiesen.

Witmar. Die neue Thüringer Tropfenvereinigung. Der Vorsitzende des Thüringer Höhlenvereins, Prof. Dr. Hof von Widdorff, der bekannte Entdecker der Frengrotten, hat gemeinsam mit zahlreichen Mitgliedern der Ortsgruppe Neustadt an der Orla des Thüringer Höhlenvereins eine sorgfältige und umfangreiche Erforschung des ganzen Höhlensystems im Rahmen seines Vorhaben. Das wissenschaftliche Ergebnis der Untersuchung der Höhlenhöhle ist jetzt erstens, Es hat sich herausgestellt, daß die unterirdische, weitere Ausdehnung vorläufig nur in ganz bescheidenem Maße zugänglichen Höhlenräume allem Anschein nach recht stark ist. Die starke, kontrekte

Aufassung der paläozoischen Kalksteinhöhlen im War-morbruch von Bahren hat die günstigen Umstände für eine harte Höhlenbildung auch in der weiteren Umgebung des Bahrener Berges geschaffen. Überall zeigen sich harte ausgewasene Höhlenhöhlen und Höhlenräume, die von rotbraunen Höhlenkalk mit flügelgeraden erfüllt sind. Das reichliche Vorhandensein dieser ehemaligen Höhlenhöhlen läßt einwandfrei auf ein weit ausgebreitetes unterirdisches Höhlensystem schließen, das nun etwa im Laufe eines Jahres gleichmäßig erschlossen werden soll. Diese Arbeiten liegen in den Händen der Ortsgruppe Neustadt an der Orla des Thüringer Höhlenvereins unter Leitung von Oberstudient Compter und Oberpostleitet Richter, die unter der wissenschaftlichen Oberleitung von Prof. Hof von Widdorff die gelante Zugänglichmachung der späteren Höhlenhöhlen von Bahren ausführen werden. Die Höhlenhöhlen lagern im Höhlenkalk der Höhlenhöhlen und stammen von ausgestorbenen Tieren, deren Art und Gattungen augenblicklich wissenschaftlich genau festgestellt werden. Von Brandstein ist bisher nichts nachzuweisen. Die dunkel-schwarzen Einlagerungen im Höhlenkalk bestehen aus Umbrä, einer erdigen Mangano-Eisenablagung, die sich häufig in Kalksteinen findet.

**So steht's im Kochbuch:
... nicht nur überbrühen,
den Kathreiner,
sondern einige Minuten
kochen lassen... "**

**So kommt nämlich
erst der — richtige
Kathreinergeschmack
zur Geltung!**

*Kathreiner Malzkaffe

Mörs. Mit einem eigentümlichen Experiment beschäftigte sich das hiesige Gericht. Am 1. September d. J. wurde vor der Wohnung des Generaldirektors Hattberg in Homberg ein Paket gefunden, in dem sich zwei Brieftauben befanden und ein Brief, der lautete: „Wir fordern Sie auf, diesen Tieren 5000 Mark mitzugeben, andernfalls können Sie Ihr Verhängnis machen.“ Die Homberger Polizei ließ eine der Brieftauben aufsteigen und mit einem Flugzeug verfolgen. Die Taube ging in die Höhe und auf dem Dach eines Bergmanns nieder. Die Polizei drang in das Haus ein, fand die Taube im Schlag und verhaftete die jungen Bergleute Wilhelm Groven (17 Jahre) und Bernhard Feldmann (18 Jahre). Das Gericht kam zu folgendem Urteil: „Mögen verflucht erpresst in Tateinheit mit Todesandrohung erhalten Grewen acht Monate und Feldmann sieben Monate Gefängnis.“

Wie trägt man sich für das Volksbegehren ein?

Man wendet sich an seinen Gemeindevorsteher und trägt sich bei diesem bzw. bei Städten im Rathaus oder Magistrat in die vom Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren dort ausliegende Liste ein, und zwar ist in die Liste einzutragen: 1. Vor- und Zuname (bei verheirateten oder verheiratet getrennten Frauen auch den Geburtsnamen bzw. Familiennamen, der bis zur Verheiratung geführt wurde), 2. Stand, Beruf oder Gewerbe, 3. Bezeichnung der Wohnung. Warum muß jeder Deutsche für das Volksbegehren eintreten? Weil es sich um das Schicksal der gegenwärtigen und zukünftigen Deutschen für 58 Jahre lang handelt. Nach dem Knechtungsplan unserer Feinde soll unser Volk zahlen in 58 Jahren 113 Milliarden 905 Millionen! Das macht auf den Tag gerechnet 6 Millionen Mark, man bedebnte 6 Millionen Mark täglich auf 58 Jahre! Dieser unerhörbaren Forderung gegenüber muß ein entschlossenes, eifriges Nein ausgesprochen werden. Darum trage sich jeder in die Wahlliste für das deutsche Volksbegehren ein, der es mit unserem Volk und mit der Zukunft seiner Kinder und Kindeskinde eifrig meint.

Wer gegen das Volksbegehren ist, begehrt Verrat an seinen Kindern!

Gönnitz. Generalintendant Richard Taubert hat den Rat der Stadt Gönnitz gebeten, ihn mit Ablauf seines Vertrages und Schluß der laufenden Spielzeit am 30. Juni 1930 von der Leitung des Chemnitzer Opernhauses und des Schauspielhauses im Sinfidial auf sein vorgeschrittenes Alter (70 Jahre) zu entbinden. Der Rat hat beschlossen, dem Rücktritts- und Pensionierungsantrag zuzustimmen und den Posten des Intendanten für die am 1. 9. 1930 beginnende neue Spielzeit in den nächsten Tagen auszufüllen.

Revolte im Gefängnis.

Schuppelpolizei muß herbeigeeordert werden.

des Berlin, 17. Oktober. Schwere Ausschreitungen gab es nachts im Gefängnis in der Lehrtor Straße zu Moabit. Dort waren die Gefangenen der Zrenabelteilung aufmäßig geworden, zerstückten das Inventar der Zellen und verletzten mit Gewalt auszubehenden. Da die Gefängnisbeamten erheblich bedroht waren, mußte man die Schuppelpolizei alarmieren. Erst spät nachts gelang es wieder die Ordnung herzustellen. In beiden Gefängniszellen sind die Beschäftigten erschienen. Die Fensterhebeln sind eingeschlagen. In der Mitte des einen Gales hatten die Gefangenen in den Fußboden bereits ein großes Loch geschlagen, jedenfalls um von dort aus in die anderen Stowerte des Gefängnisses zu gelangen. Durch Zerstückeln der Heizkörper waren die beiden Säle unter Wasser gesetzt worden. Das Strafvolk zusammen hat eine Unternehmung eingeleitet. Ein städtischer Freund zu der Meuterei konnte nach nicht festgestellt werden. Angeblich sollte einer der Gefangenen nach einer Zrenanzhaft übergeführt werden. Dagegen hatten sich keine Mitgefangenen aufgelegt und die Gewalttätigkeiten begangen.

Kirchliche Nachrichten.

- Sonntag, den 20. Oktober. (21. nach Trinitatis.) Kollekte für den Mitteldeutschen Verband evang. Arbeiterinnenvereine. Remberg.
- Vorm. 1/2 Uhr Predigtgottesdienst. Propst Vertram. Gommlo.
- Vorm. 1/2 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Ahmus. Religiöse Ansprache: Evangelist Weiß von der Jüneren Mission in Magdeburg. Gabig. (Schule).
- Nachm. 2 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Ahmus. Religiöse Ansprache: Evangelist Weiß. Rotta.
- Vorm. 1/2 Uhr Segelgottesdienst. Kantor Herrig.

Evangelisationsvorträge des Herrn Weiß finden statt: Gommlo: Sonntag Abend 8 Uhr in der Kirche, Zdena: Im Schenckung des Lebens. Gabig: Montag Abend 8 Uhr bei Nischke, Neben-zimmer, Zdena: Ein gefährliches Spiel. Gabig: Dienstag Abend 8 Uhr bei Nischke, Neben-zimmer, Zdena: Ein heiliger Entschluß. Hierzu ladet herzlich ein Pfarrer Ahmus.

Anfrage an den Briefkasten der Redaktion. Ich möchte die werbliche Redaktion um die Anschrift der Margarine-Werte „Rama im Glaubau“ bitten, da ich diesen eine Anfrage unterbreiten möchte und zwar bezüglich des in Vorlesung zu bringen, die Marke „Rama im Glaubau“ künftig als „Sparbutter“ anstatt Margarine zu bezeichnen. Ich habe nämlich in meinem großen Familienkreise die Erfahrung gemacht, daß alle Hausfrauen diese Marke für hoch feigen, manche indessen an der Bezeichnung Margarine Anstoß nehmen. Ich vermag nicht einzusehen, weshalb ein Ergebnis, das in bezug auf Nährwert und Geschmack eine so weitgehende Übereinstimmung mit anderer Butter aufweist, als Margarine bezeichnet werden soll, und würde die Bezeichnung Sparbutter für treffender halten. Ich denke mir, wenn die Hersteller der „Rama im Glaubau“ meinen Vorlesung akzeptieren sollten, dann dürfte auch etwas für mich dabei herauspringen.

Antwort der Redaktion. Ihr Vorlesung, die bekannte Marke „Rama im Glaubau“ als Sparbutter zu bezeichnen, hat gewiß viel für sich und würde dieses beliebte Ergebnis treffend kennzeichnen. Sie haben auch daran ganz recht, daß es noch immer Hausfrauen geben mag, welche — richtigerweise — an der Bezeichnung „Margarine“ Anstoß nehmen. Wir sind indessen der Ansicht, daß diese Maß noch wohl immer kleiner werden dürfte. Die überlegende Margarine sagt sich, daß das Ergebnis selbst, wenn es nicht, sondern ein Produkt, das seine Eigenschaften in sich selbst trägt, weil die inländische Naturerzeugnisse bei meitem nicht ausreicht, um den Bedarf allein zu decken. Wir stellen Ihnen natürlich gern anheim, Ihren Vorlesung den Margarine-Werten „Rama im Glaubau“ zu unterbreiten. (Anschrift: Berlin C 2), wollten Ihnen aber doch unsere Ansicht nicht vorentscheiden. Natürlich sieht dem, daß Sie selbst für den Hausgebrauch „Rama im Glaubau“ als Sparbutter bezeichnen, nichts im Wege. An sich trifft die Bezeichnung sicher, wie man sagt, des Dubels fern.

Kainit Kali Thomasmehl sowie **alle anderen Düngemittel** hat stets auf Lager **A. Quilgisch, Nachf.**

Pfeil KAFFEE wird von Kennern seiner vorzüglichen Qualität wegen bevorzugt.

Arbeitszeitbescheinigung (für Erwerbslosenversicherung) zu haben bei **Richard Arnold, Buchhandlung**

Achtung Weizkohl zum Einlegen 3tr. 750 M., hält ständig auf Lager **Friedr. Heinicke, Telefon 356** **3tr. 10 Zentner prima Speisestärke** verkauft **Paul Mierhschke, Burgstr. 36** **Rastanien** kauft noch bis Sonntag **Karl Grödel sen.**

Ziegen schlachtet alle Sorten Felle kauft **F. Koppisch, Schmiedbergstr. 15**

Kupfer-Vitriol zur Saatbeize empfiehlt **Wm. W. Becker**

Gelegenheits-Geschenke empfiehlt in reicher Auswahl billigt **Richard Arnold, Leipziger Straße 64**

Hotel Palmbaum
Telefon Nr. 288

Sonntag, den 20. Oktober 1929

Münchener Oktoberfest
mit
herrlicher Landesfarben-Dekoration

Anstich von Münchner Hacker-Bräu
Bratwurst mit Sauerkraut
Roastbeef so. rem. . . Ragout fin
Nachmittags und abends

Solisten-Streich-Konzert
Jeder Besucher erhält einen Seppel-Hut gratis
Um gültigen Zuspruch bittet **Emil Ottensmann**

Goldene Weintraube
Sonntag, den 20. Oktober, von nachm. 6 Uhr ab

Ballmusik

Eintritt 50 Pf. Tanz frei
Es ladet freundlichst ein E. Schüge

Wer viel Geld sparen will,
läßt sich vor Anschaffung einer Nähmaschine die
stickende und stopfende

KAYSER
mit ihrer neuartigen
Kabinett-Ausstattung
vorführen. — Konkurrenzloser
Preis. — Begierne Teilzahlung.

Fahrrad-Hoffmann

Achtung! Achtung!
Ausnahmetage
Verpunde ab **Sonnabend früh 7 Uhr eine**
prima, junge, bayrische Kuh

Rochfleisch 4 Pfund	0,85 Mk.		Auladen, Lende	1,40 Mk.
Schmorfleisch	1,25 Mk.		Suppenknochen	0,20 Mk.

bester Bierentzug 0,40 Mk.

Martin Kramer Kemberg, Weinbergstraße 21.

Krampf-Lähme
Knochenkrankheiten

verhilft sicher „Osteon“ • Stark vitaminhaltige Fisch-Emission aus gereinigtem Dorschlebertran! • Wirkt verflüssigend schnell!
• Keine Kümmerlinge mehr • Erkannliche Prägnanz und Schnell-wirksamkeit • Gehirnbewußt beim Schlagen — viele Winterer
• Hitzere „Pulsgeber“ mit wesentlichen Hilferingen • Anwendungen
erhalten Sie gratis in unseren Niederlagen oder direkt von
M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutritzsch

In Kemberg in der Löwen-Apothekerei Karl Elbe; Wilhelm Becker Wm., Drogen
Wittenbergstr. 19; J. G. Glaubig; Rudolf Fuhs.

Markt **„Blauer Hecht“** Markt

Am Sonntag, abends halb 9 Uhr
Wollen Sie Paris kennen lernen? Sehen Sie
Adolphe Menjou
den vollkommenen Gentleman der Leinwand
in seinem Großfilm

Der Gentleman von Paris

Menjou als Schwenkötter und Herzensbrecher versteht es in diesem Film, die Frauen zu nehmen. Nachtleben in Paris — Adolphe hat sein Jungesellenleben satt, er will heiraten, vorher muß er aber seinen vielen Freundinnen den Laufpaß geben. Eine Geliebte von ihm ist die Braut seines Kammerdieners — Verwirrungen — Komplikationen — beinahe ein tragischer Schluß — bis sich im letzten Augenblick doch alles zum guten wendet. Ein jeder muß sich diesen herrlichen Film ansehen.

Außerdem:
das gute, reichhaltige Beiprogramm.

Empfehle prima fettes
Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch
Kasseler Rippespeer
frische Silze
Div. Aufschnitt
Kaiserjagdwurst, Mortadella
Wiener Würstchen
Würstchen in Dosen
Bockwurst und Breslauer
Rich. Krausemann

Empfehle prima frisches
Rind-, Kalb- und Schweinefleisch
Kasseler Rippespeer
rohen und gefochten Schinken
Kaiserjagdwurst, Mortadella
Wiener Würstchen
ff. Bockwurst
alle Sorten Würstwaren
Ewald Ballmann

Empfehle prima junges fettes
Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch
Kasseler Rippespeer
frische Silze
Kaiserjagdwurst, Mortadella
div. Aufschnitt
Alle Sorten Wurst
Wiener Würstchen, Bockwurst
Breslauer
Willy Rätz

Prima
Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch
sowie alle Sorten Wurst
rohen u. gefochten Schinken
Aufschnitt, Kaiserjagdwurst
frische Würstchen u. Bockwurst
empfiehlt **Ernst Bachmann**

5 Ziegeldecker
finden dauernde Beschäftigung
E. Quilisch .: Wittenberg
Berliner Straße 10

Vaterländ. Frauenverein
Dienstag, den 22. Oktober, abends
8 Uhr im Hotel Palmbaum
Bersammlung

Mitgliedstareu Beiträge mitbringen
Frau Aedibianus Schulze
Kolonie Gniest
Sonntag, den 20. Oktober, nachm.
von 2 Uhr ab

Breisstat
Jeder Mitspieler erhält ein Paar
Würstchen
Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
D. Klunzer

Merkwitz
Sonntag, den 20. Oktober
Tanzvergüngen
wozu freundl. einladet **Kolbe**

Uthausen
Sonntag, den 20. Oktober, nach-
mittags von 3 Uhr
großer Damenball
wozu freundlichst einladen
die Damen und der Wirt

Aterig.
Sonabend, den 19. Oktober von
abends 7/8 Uhr an
Preis-Stat

(Geldpreise)
Sonntag von abend 7 Uhr an
Tanz
Es ladet freundlichst ein
Gersbert

Schützenhaus

Sonntag abend punkt halb 9 Uhr
Wieder ein **Volltreffer**
HARRY PIEL
in dem fabelhaften Film
Luftpiraten

Abenteuer eines Vielgesuchten
Spannung und wieder Spannung! Der Film zeigt Szenen von atemberaubender Spannung. Nur ein Piel vermag alle Schrecken, die sein verwegenes Spiel mit dem Tode bedrängen, sieghaft zu bestehen und schließlich am Anker des brennenden Flugzeuges durch die Lüfte zu fahren, neuen Abenteuern entgegen.

Von der Farm zum Frühsstückslich
Hochinteressante Aufnahmen. Der Speck und sein Werdegang. Vor dreihundert Jahren brachten europäische Kolonisten die Schweine von der alten Welt in die neue Welt.

Das fliegende Klavier
Tolle Groteske zum Totlachen.
Wieder ein **Volltreffer**

Zentralverband d. Arbeitsinvaliden u. Witwen
Sonntag nachmittag 2 Uhr beim Kollegen G. Jerner
öffentliche Bersammlung
Ref. Kollege Nickel-Halle Der Vorstand.

Krieger-Berein, Sackwitz
Sonntag, den 20. Oktober, abends von 7 Uhr ab
öffentliches Tanzkränzchen
wozu wir herzlichst einladen Der Vorstand

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Vermählung sagen wir unsern herzlichsten Dank
Kemberg, im Oktober 1929
Erich Pinkert und Frau
Charlotte geb. Werner

Wir danken auf diesem Wege recht herzlich für die vielen Glückwünsche und Geschenke, die uns zu unserer Vermählung dargebracht wurden.
Kemberg, im Oktober 1929
Ewald Albrecht und Frau
Martha geb. Rast

Am 17. Oktober verschied mein lieber Mann, unser guter Vater
Friedrich Reinecke
im 81. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrußt an
im Namen aller Hinterbliebenen
Emma Reinecke
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr von der Friedhofs-kapelle aus statt

Für die herzliche Teilnahme, die uns beim Heim-gange unseres teuren Entschlafenen in liebevollen Worten und Blumenspenden so zahlreich entgegengebracht worden ist, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank
Wittenberg, den 17. Oktober 1929
Im Namen der Hinterbliebenen
Martha Reichhardt geb. Oehme



Sonnabend, den 19. Oktober 1929.

Volkssbegehren im Landtag.

Auch Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion sind dagegen.

Berlin, 18. Oktober.

Der Preussische Landtag übermüht zunächst ohne Aussprache einen deutchnationalen Antrag, der Einwirkung auf die preussische Zentralgenossenschaftsfrage dahin verlangt, daß der Ufermärtischen Tabakverwertungsgenossenschaft eine Ermäßigung ihrer Schuldverpflichtungen an die Reichsbankbank um 300 000 Mark gewährt werde, dem zukünftigen Ausschuß.

Annahme fanden eine Reihe von Anträgen des Hauptausschusses, worin u. a. gefordert wird, daß in größerem Umfange Berufsvertreter der Landwirtschaft zur Feststellung von Witterungsschäden hinzugezogen werden. Ferner soll das Staatsministerium zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Winter wieder einen Teil der laufenden Baumausschüttungsmittel zur Verfügung stellen.

Darauf legte der Landtag die Zeit der Mitgliedschaft für den neu eingeleiteten Klarek-Untersuchungsausschuß auf 29 fest. Sodann wurde

die politische Aussprache

über die deutchnationalen Anträge fortgesetzt.

Abg. Dr. Kühn (DVP.)

stimmte dem Antrag auf Wiederholung des Oberbürgermeisters Vöhs zu. Die endgültige Entscheidung über den Youngplan lieg in dem jetzigen Stadium unmöglich, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Was den Stahlhelm anlangt, so behaupten seine Freunde, daß keine Verletzung in die politische Arena herabgelassen lieg. Vorwiegend die genaueste Prüfung der Verbotgründe. Der Minister hätte hier keine Märtirer schaffen sollen. Es wäre aus wärme zu begrüßen, wenn die großen Verbände freiwillig ihre Uniformierung aufgeben und so bürgerlichen Formen zurückkehren würden. Zum Volkssbegehren erklärte der Minister, daß sein Beamter, der der Deutschen Volkspartei angehört, seine Unterschrift darunter setzen werde.

Abg. Niebel (Dem.)

betonte, der Abg. Steuer (Dnt.) habe unabweisend erklärt, daß es den Verfechtern des Volkssbegehrens nur um den Kampf gegen die Republik gehe. Nach der Ansicht der Demokraten könne ein Beamter für das Volkssbegehren nicht eintreten, denn sonst würde bei einem Mißerfolg des Volkssbegehrens der Fall eintreten, daß der Beamte bei Durchführung des Young-Begehrens selber bewußt Landesverrat begänge.

Abg. Hestermann (Wirtsch.P.) erklärte, trotz der absehbaren Haltung seiner Partei gegenüber dem Youngplan halte sie das Volkssbegehren für ein ganz ungeeignetes Mittel. Abg. Bieker (Deutsche Fraktion) betonte, seine Fraktion sei Gegner des Volkssbegehrens, strebe den die Unabhängigkeit der Beamten müsse aber unter allen Umständen gewahrt bleiben. Abg. Kaufmann (Nat.-Soz.) nannte die Beschlüsse im Haag einen weiteren Schritt auf dem Wege der Vorkorruption des internationalen Finanzkapitals. Abg. Gns (Soz.) erklärte, bei der staatsrechtlichen Haltung des Reichstages würde ein Ministerpräsident von dem Volkssbegehren überlesen müssen, ob er dem Stahlhelm immer noch als Chemiefabrik angehören könne.

Abg. Dr. von Winterfeld (Dnt.) gab eine Erklärung ab, in der es heißt: Die preussische Regierung hat durch den Herrn Ministerpräsidenten geteilt im Landtag erklären lassen, daß sie die Beteiligung von Beamten am Volkssbegehren nicht mit den Pflichten der Beamten für vereinbar hält und daß sie Verträge gegen die Aufhebung abhnden würde. Demgegenüber stellt die deutchnationale Landtagsfraktion fest, daß durch die Zulassung des Volkssbegehrens durch den Reichsminister des Innern zum Ausdruck gebracht ist, daß das Volkssbegehren nicht verfassungswidrig ist, also die Beteiligung daran gegen feineres politische Bestimmungen, insbesonders auch nicht gegen Disziplinargelände verstoßt. Das Verbot der preussischen Staatsregierung ist demnach nichts anderes als ein plumper Einschüchterungsversuch gegen die Beamtenschaft. Wir haben den Staatsgerichtshof angerufen, um durch sein Urteil das Recht jedes Beamten, sich beim Volkssbegehren einzusetzen, ausdrücklich festzustellen.

Abg. Meier (Soz.) nannte den Antrag über die vorzeitige Auflösung des Oberbürgermeisters Vöhs einen rein agitatorischen Antrag, da eine zeitlich frühere Rückkehr dadurch nicht erzielt werden könne. Abg. Nulste (Dem.) warf dem Abg. Baecker (Dnt.) vor, er habe eine politische Mißhandlung begangen. Es sei doch natürlich nicht so gleichgültig, wenn man jetzt 700 Millionen weniger zahlt und Reichsbank und Reichsbank von den ausländischen Fesseln befreit würden. Es sei Moral mit doppeltem Boden, wenn man die Vorgänge bei der Berliner Stadterhaltung für das Volkssbegehren ausschlaecht. Korruption gebe es auch bei den Deutchnationalen. Er erinnere nur an die Veröffentlichungen des deutchnationalen Abg. Bruhn über die zweifelhafte Verwendung der Mittel der „Stonnen Rotkisse“.

Was dieser Erkenntnis heraus habe ich in meinem Rundfunkvortrag ausgeführt. Ich bin nicht verlegen, wenn ein Staatsbeamter das Volkssbegehren unterzeichnete und sich damit den Vorwurf des Landesverrats sowie den Antrag auf Justizverhaftung der obersten Reichsbehörde zu eigen machte. Diesen Standpunkt nehmen auch die großen Beamtenverbände ein, was für den gedachten Sinn, der in unserer Beamtenschaft herrscht, spricht. Ich sprach des Volkssbegehren für nach dem Verbot des gesamten Staatsministeriums die bestimmte Erwartung aus, daß sich jeder Staatsbeamte in vollem Bewußtsein seiner Pflichten, die er auch außerdienstlich dem Staate gegenüber hat, darüber klar sein wird, daß ein Eintreten für das Volkssbegehren, gleichviel in welcher Form, mit seiner Beamtenschaft nicht vereinbar ist. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien, förmliche Zurufe und Unruhe rechts.)

Innenminister Gesinnki

ging im einzelnen auf die Gründe ein, die ihm zum Verbot des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen veranlaßten. Er stellte fest, daß an Hand umfangreichen Materials einwandfrei festgestellt worden lieg, daß es sich bei dem Stahlhelm nicht um ein Verbot des Reiches, sondern um ein militärisches Verbot nach den neuesten militärischen Grundsätzen gehandelt habe. Das Volkssbegehren ist amtlich zugelassen und nicht selbstverständlich ohne Behinderung verfassungsmäßig durchgeführt. (Großes Geächter und Zurufe rechts.) Ich befände mich durchaus nicht im Widerspruch zu dem Ministerpräsidenten, denn eine Beteiligung am Volkssbegehren ist mit den verfassungsmäßigen Rechten des Beamten nicht vereinbar. Unmöglich ist, daß den Volkssbeamtenden irgendeine Rolle in der Richtung gegeben worden wäre, auch das Material für die Durchführung des Volkssbegehrens wegzunehmen.

Ein Zwischenfall.

In diesem Augenblick wurden von Dienern zwei große Tafeln in den Saal gebracht und hinter dem Minister aufgestellt, auf denen eine große Anzahl von Waffen aller Art angeheftet waren. Diese Waffen sollen in nationalsozialistischen Versammlungen beschlagnahmt worden sein. Es entstand eine heftige Unruhe, daß Ministerpräsident von Kries mit seiner Glocke nicht mehr durchbringen konnte und die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen werden mußte.

Die zweite Sitzung.

Nach Wiederöffnung der Sitzung erklärte Innenminister Gesinnki in Fortsetzung seiner Rede, er sei aus tiefer Erkenntnis über das Geschehen, mit dem die Aufhebung der Waffen auf der Rechten begleitet worden lieg. Mit den gezeigten Waffen seien auch Volkssbeamtende verbunden worden. (Hört, hört! bei den Regierungsparteien.) Ein Teil der Waffen lieg auch den Kommunisten abgenommen worden (Lärm bei den Kommunisten.) In diesen Tatsachen zeige sich eine ungläubliche Verhöhnung und Entwürdigung des politischen Kampfes.

Abg. Veinert (Soz.)

betonte, die Sozialdemokraten würden mit dem festen Willen hinter der Regierung, Zustände in Deutschland herzustellen, die es jedem ermöglichen, sich ohne Lebensgefahr politisch zu betätigen.

Abg. Steuer Dnt.

erklärte, die vom Minister gezeigten Waffen seien offenbar bei einzelnen Personen vorgefunden worden. Das lieg nicht natürlich von einer Partei bewußt werden sollten, sei nicht unangenehm. Es müßte sehr merkwürdig berühren, wenn die preussische Regierung unter Berufung auf ein vom Ausland dem deutschen Volke auferlegtes Entnahmungsverbot den Verbot des Stahlhelms erlasse. (Sehr richtig! rechts.) Die wahren Gründe seien in dem Kampf gegen das Volkssbegehren zu suchen. Militärische Übungen unternehme auch das Reichsbanner.

Abg. Kube (Nat.-Soz.)

beantragte die Herbeiführung des Ministerpräsidenten Braun. Der Antrag wurde mit dem Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen, da die Bänke der Regierungsparteien nur schwach besetzt waren.

Annemimister Gesinnki

nahm dann noch einmal das Wort, um sich zu dem Antrag auf Zurückberufung des Oberbürgermeisters Vöhs zu äußern. Einleitend wandte er sich icharig gegen das Auftreten des Abgeordneten Kube während seiner ersten Rede und nannte ihn eine „Provokation in Person“. (Vizepräsident Dr. von Kries rügte diese Ausdrucksweise. Die Nationalsozialisten riefen dem Minister zu, der Minister in der Bekentnisse!) Der Minister betonte, daß die Staatsregierung es ablehnen werde, die dem Einzelgänger gründliche Bedeutung für die Frage der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung beizulegen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Hart auf hart.

Die deutchnationalen Anträge im Landtag.

Berlin, 17. Oktober.

Der Preussische Landtag übermüht zunächst einen deutchnationalen Antrag über den Verbot der Erteilung des akademischen Grades der Doktorwürde, der die Annahme des Angebots der Stadt Erfurt verlangt, ohne Ausnahme dem Haupts auszuß.

Es folgte die zweite Beratung des volksparteilichen Antrages über den Antrag des Volkssbegehrens des Gemeindeforschusses über Veränderungen der Landgemeindeordnung. Nach kurzer Aussprache, in der verschiedene Bedenken gegen die Vorlage lauter wurden, wurde der Gegenentwurf wieder von der Tagesordnung abgelehnt. Es folgte dann

die gemeinsame Beratung

von fünf deutchnationalen Anträgen. In einem dieser Anträge wird die Staatsregierung ersucht, im Reichsrat gegen den Youngplan zu stimmen. Auch dem zweiten Antrag soll die Staatsregierung im Dienstausschüsse die sofortige Rückkehr des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Vöhs aus Amerika veranlassen. Ein weiterer Antrag verlangt die Aufhebung des für Rheinland-Westfalen ausgeprochenen Stahlhelm-Verbots, ein anderer Antrag fordert eine Erklärung des Staatsministeriums, daß jeder Beamte das Recht habe, sich am Volkssbegehren und am Volkssbegehren gegen den Youngplan zu betätigen. Schließlich ist mit der Beratung verbunden das von den Deutchnationalen gegen das Gesamtministerium eingebrachte Mißtrauensvotum, das mit dem Stahlhelm-Verbot begründet wird.

Abg. Baecker (Dnt.)

begründete die deutchnationalen Anträge. Selbst sei das deutsche Volk von seiner Regierung so unzufrieden und sich unterworfen worden wie jetzt über den Youngplan. Bei richtiger Berechnung ergebe sich, daß der Youngplan dem Domesplan gegenüber nicht das kleinere Übel darstelle, sondern daß er tatsächlich auf die Dauer das deutsche Volk schwerer belaste als der Domesplan. Die in den ersten zehn Jahren eintretende Erleichterung lieg so gering, daß die Einführung großer Steuererhöhungen schon längst wieder zurückgenommen worden lieg. Briand hatte vor den deutschen Delegierten im Haag erklärt, lieg lieg durch Ausübung einer Hilfe des Occerns-Vertrages endlich die notwendige Wirtschaftlichkeit geschaffen werden, an Ort und Stelle in der rheinischen entmilitarisierten Zone Unter-



Roman von Erich Ebenstein

43. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Heute zum erstenmal erkannte die alte Frau, daß unter der hellen Außenseite eine Wunde blutete, die wohl tiefer ging, als sie gedacht.

„Armer Sonnenchein!“ denkt sie mitleidig. „Dahinter steckt gewiß eine unglückliche Liebe.“

„Laut sagt sie: „Nichtig, das hätte ich beinahe vergessen, Sonnenchein, daß heute schon zweimal ein junger Herr hier war, der nach dir fragte. Er müßte dringend mit dir sprechen, sagte er, und wann du wohl zu treffen wärst.““

„Sie haben es ihm doch hoffentlich nicht gesagt, Frau Kathi?“ unterbricht lie Gloria, die sich unruhig auferregt hatte, erwiderten.

„Doch, ich müßte es ihm wohl sagen, denn er würde ja ganz genau, daß du hier bei mir wohnt, so daß ich an nahm, er sei von der Polizei oder vom Gericht, und es handle sich um Sauerweins Nachsch.“

„Aber wie könnte das sein, da ich damit doch nichts zu tun habe und man auch dort meinen Aufenthalt nicht kennt.“

„Niemand hat es die Sieglar doch irgendwo erfahren.“

„Unmöglich! Ich habe es doch nur der alten Marie geschrieben, damit sie sich nicht totz meinewegen, und das lie, es keinem Menschen mitzuteilen. Auch ich telte ich es nur mit, weil sie doch in der abgelegenen Försterei bei ihrer Schwester in Oberfeiermarkt lebt und keinerlei Verbindungen hier mehr unterhält.“

„Dann begreife ich allerdings nicht —“

„Wie ich der Dert denn aus?“

„Sehr fein —“ Ein schwarzes Haar, ein barfüßiges Gesicht mit ausdrucksvollen Zügen, groß, schlant, graue Augen mit schwarzen Wimpern, und am kleinen Finger trug er einen funkelnden Brillantring.“

Gloria war sehr blaß geworden.

„Kein Zweifel — es ist Alfred Vott! Gerade er, den wiederzusehen sie in steter Angst schwebt. Dem so mutig Gloria ihr Schicksal auf sich genommen, so tapfer sie bereit war, um seine Willen zu erlangen, so leig erwidert sie vor einem Wiedersehen, bei dem sie gewagt, ihr ihm Aug in Auge die Gründe ihres Handelns zu erläutern. Ah, den sie über alles lieb, dessen Bild Tag und Nacht ihre Seele erfüllt, noch einmal sehen zu müssen, nur um dann für immer zu scheiden — wofür Quaal!“

„Und wenn er ihre Gründe nicht einsehen will? Dann noch stark sein und kämpfen zu müssen für das, was doch ewig ihres Lebens Jammer bilden würde? Nein, so stark wie sie nicht — allein mit sich fertig werden, konnte sie, aber nicht gegen ihn.“

„Was lagte er denn?“ stammelte sie müßsam.

„Nichts, als daß er sich unter allen Umständen sprechen müßte und abends wiederkommen würde.“

Gloria erhob abwehrend beide Hände.

„Nein, nein, ich will nicht — ich kann nicht, bitte, liebe Frau Kathi.“

„In diesem Augenblick klingelt es dräußen. Gloria fährt zusammen, als hätte sie einen Schlag erhalten, und macht eine instintive Bewegung zur Flucht. Da legt Frau Schönwieser die Hand auf ihren Arm und sagt ernst: „Es geht nicht, Kind, er muß uns ja reden gehört haben, und ich habe ihm gesagt, daß du abends bestimmt zu Hause bist. Wenn du dich aber fürchtest, allein mit ihm zu reden, so will ich ja bei dir bleiben.“

„Was sagt er denn?“ bringt Gloria zur Besinnung. Die sinnlose Angst vor sich selber, die sie einen Augenblick lang zu übermächtigen drohte, weicht lieg der Erkenntnis, daß sieiges Ausweichen nur ein hinausgehendes bedeuten würde —

„Nein, ich fürchte mich nicht,“ sagt sie ruhig.

XXI.

Frau Schönwieser hat dem spitzen Besuch geöffnet und sich dann in die Küche zurückgezogen, nachdem Gloria ihn für kurz als „Doktor Vott!“ vorgeführt.

(Fortsetzung folgt.)

lungen anzustellen. (Hört, hört! rechts.) Wenn ein Teil der Deutschnationalen leinerzeit dem Damesplan zustimme, so gelobst das in der Erwartung, daß die deutsche Politik nun lo geführt werden würde, daß in dem bald eintretenden Augenblick der Revision des Damesplans Deutschland wirtschaftlich gerüstet befände. Die deutsche Politik ist aber den entgegengekehrten Weg gegangen. Jetzt wird allerdings eine Damespolitik verhängnisvolle Wirtungen für die deutsche Wirtschaft haben, (Hört, hört!) aber eine Jung- rade noch schlimmer. Die Zerbrochung der Beamten, die sich an dem Volksgehören beteiligen, bedeutet einen großen

Bruch der Verfassung

und des geltenden Beamtengesetzes. Das Verbot des Stahl- helm ist von dem völksparteilichen Abgeordneten von Kar- dorff vernichtet trieffend und derurteilt worden. Wir werden alle Kraft daran setzen, die Verwirklichung des Damesplans zu verhindern. Darum stehen wir trotz Meinungsverschiedenheiten im einzelnen geschlossen hinter die- sem Volksgehören. (Beifall rechts, Pfiffen links.)

Ministerpräsident Braun:

Ich habe nicht die Absicht, mich mit dem Vordruber über die Einzelheiten des Damesplans auseinanderzusetzen. (An- rufe rechts.) Dazu ist hier weder der geeignete Ort noch die geeignete Zeitpunkt. (Anruf rechts.) Aber im Rundfunk haben Sie darüber gesprochen.) Im Rundfunk habe ich an dem gesunden Menschenverstand appelliert, hier aber habe ich es mit Ihnen (nach rechts) zu tun. (Große Unruhe rechts; Rufe: Riegel!) Wenn der Abgeordnete Baeker behauptet, ich hätte unehren ehemaligen Kriegsgenossen mit meiner Rede Waffen in die Hand geliefert, so schäme er sie als ebenso politisch feindselig und dumme wie die Anhänger des Volksgehören.

Das Volksgehören will die Minister, die den Dames- plan abschließen, wegen Landesverrats ins Zuchthaus bringen. Es stellt somit den denkbar schwersten und infamsten Angriff dar, der überhaupt gegen eine Regierung ge- richtet werden kann. Ein Beamter, der sich daran beteiligt, begeht ungesetzlich einen Verstoß gegen seine Beamten- pflichten. Kein Staat der Welt, der noch auf Ansehen und Autorität Anspruch erhebt, kann sich derartiges gefallen lassen.

... und zum Schluß Beruhigung der Gemüter.

Das Haus genehmigte nach noch Unträge des Aus- schusses für die Grenzgebiete, die das Staatsministerium ersuchen, binnen 6 Monaten dem Landtag einen Plan der gegenwärtig im Gange befindlichen

Stützmaßnahmen

für das besetzte Gebiet vorzulegen. Weiter wird gefordert Strafenleistung, Bevorzugung der gewerblichen Unterneh- mungen bei öffentlichen Aufträgen, Entgegenkommen bei Steuererlässungen und Steuernachlassungen, Ausbau der Grenz- und Verwaltungsbahnen, Bau von Kleinbahnen, Ausbau der Wasserstraßen, besonders auch der Ober, Steige- rung der Wohnungsfürsorge in den östlichen Grenzgebieten, Förderung der Siebelung und der Kultur usw. Zur Erfüllung fand auch ein Antrag des Hauptauschusses, die Verhältnisse der aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet in die brandenburgische Landwirtschaft umzuwechselnden Arbeiter zu prüfen. Die Novelle zum Gesetz über die Auflösung der Familiengüter ging an den Rechtsausschuß.

Das Haus verlegt sich dann auf nächsten Mittwoch, 13. Apr.

Auf der Tagesordnung stehen die Steuererordnungs- gen, die Unträge über die Staatstheater und die Ab- stimmung über den Mißtrauensantrag und die ü- brigen Unträge aus der politischen Ausprache.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Fortsetzung der rückläufigen Bewegung.

des Berlin, 17. Oktober.

Das Steigen der Arbeitslosigkeit hat sich in der Woche vom 7. bis 12. Oktober leicht vermindert. Eine geringe Ent- lastung trat nur noch in Brandenburg ein; sonst ließe sich nunmehr in allen Bezirken, in den landwirtschaftlichen früher als in den Vorjahren, die rückläufige Bewegung durch.

Das Nachlassen des Beschäftigungsgrades war vor allem in den Sainonbetrieben der Industrie der Steine am Erben und im Baugeverbe fürbar; aber auch in der



Unser Sonnenchemie

Roman von Erich Ebenstein

44. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Mein, ich will nichts hören darüber! Was mir Marie sagte, daß du nicht Sainenweins Tochter, sondern ein Fins- delkind bist, wußte ich ja so gleich, warum du vor mir flohst, mein armes, trübseliges Mädchen. Du darfst, ich könnte mich daran stoßen.“

„Du willst nicht“, unterbricht ihn Gloria leise, „aber die Deinen würden es lieber tun, und das darf nicht sein! Nicht um meinetwillen, aber auch nicht um meinetwillen, denn ich könnte es nie ertragen!“

„Märchen“, rante er ärtlich, „gib sie neben sich auf das hochbeinige Sofa und schlag den Arm an sie, „Weißt du denn noch immer nicht, daß ich dich mehr liebe als alles sonst auf Erden, und daß ich ohne dich einfach nicht leben kann? Was scheren mich die Welt, die Mutter, die Meinen? Was ist doch denken, was sie wollen, und hört, wie ich mich alles zurechtgelegt habe. Wir nehmen uns eine kleine Wohnung und leben darin ganz bescheiden nur uns selber.“

„Sch weiß, du bist nicht vernünftig und liebst die Arbeit, also wird dir das hübsche Hausarbeit im eigenen Heim nicht allzu schwer werden, und wenn ich in meiner freien Zeit Stunden gebe, werden wir ganz gut auskommen mit dem, was ich verdiene. Außerdem hat man mir durch Freund Schuber eine Stelle als Wirtschafterin an einer großen Weinbillaßfabrik antragen lassen, wo ich mir die Arbeit ganz nach Belieben einrichten kann. Wenn ich die noch dazu nehme — und natürlich werde ich sie nehmen — dann können wir geradezu schwelgen. Was sagst du nun dazu, Sonnen- wein?“

Gloria sieht ihn ernst an.

„Ich frage dich: Was sagt deine Mutter zu diesem Plan?“

Der Schatten einer Röte läuft über sein Gesicht, doch antwortet er ohne Hörmern: „Ich sprach darüber nicht mit

Die 38. Jahresversammlung des Evangelisch-Sozialen Presseverbandes f. d. Provinz Sachsen

Mühlhausen als Tagungsort — Neue Wege der kirchlich-Sozialen Öffentlichkeitsarbeit — Die kirchliche Presse im Dienste von Volk und Kirche

In der alten Reichshaupt Mühlhausen (Schüringen) hielt der Evangelisch-Soziale Presseverband für die Provinz Sachsen am 14. und 15. Oktober unter Beteiligung sächsischer Pressevertreter aus der ganzen Provinz Sachsen seine 38. Jahresversammlung ab. Die in eine reiche historische Vergangenheit zurückblickende, in der Gegenwart wirtschaftlich reger, aber vom großen Verfall doch nicht unmittelbar berührte Stadt bot für die Tagung, deren Zweck es war, sich auf die Zukunft zu befehlen, die Kirche für den von ihr als höchst wichtig erkannten Defensivdienst auf allen Gebieten des heutigen Lebens das rechte Maß.

Der Ausschuß des Presseverbandes verhandelte in einer geschlossenen Vertreterversammlung unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. G. K. H. E. mit dem derzeitigen Rektor der Universität Halle-Wittenberg, nach Prüfung der Finanzen über die Organi- sation der

Widerrichterhaltung für Gemeindeblätter

und für die Tagespresse. Sachverhalt, in dem die Kulturdenkmäler der einzelnen Kirchengemeinden zusammengefaßt werden sollen. Diese Arbeit wird jetzt im Herbst begonnen werden und dürfte sich über mehrere Jahre erstrecken. Die Organisation dieses Dienstes wird nach den neueren Erfahrungen durchgeführt. Die geplante Einrichtung wurde freudig begrüßt, auch im Hinblick auf Herstellung von Widerrichtern für die in die Zukunft zu werden des dem a d i e n t e s. Sodann wurde über Maßnahmen abgeurteilt, um der Verformung und Verfall der geistigen Werte im heutigen Ver- einleben entgegenzutreten. — In diesem Zusammenhang wurden auch weitere dringende Fragen der Volksbildung berührt, wie Mittelalter als Beispiel in Verbindung mit dem Bühnenschauspiel, am Beispiel und am Radio.

Im Besonderen wurde in der letzten alten Divi- sion die kirchliche Presse, die in der Provinz Sachsen die Arbeit aus dem Pressebereich: ein jeder sei aktiver und betätigt sich an der Arbeit der Kirche und der Öffentlichkeit. Die Kirche, der aus der Innerlichkeit professionellen Glaubenslebens wach.

Wid- und Zielsetzung für die tägliche Arbeit

die sich helfend und teilend an der Volksseele aus- wirken muß. — Auf einem Fest- und Werbeabend wurde der Evangelisch-Soziale Presseverband begrüßt durch den Vorsitzenden im Vorstand der Kirche, den Vorsitzenden des Kreises, von Oberbürgermeister Dr. Neumann und im Namen der Stadt. Gen.-Sup. Dr. Stolte überbrachte herliche Wünsche des Evang. Konsistoriums. Sup. Danneberg begrüßte die in einem mit großem Interesse und dank- barer ausgenommenen Vortrag über das Thema „Was geht mit der kirchlichen Presse an?“ die Wärtlerzeit der Kirche als Aufgabe im 19. 1928 erreichten die evangelischen Blätter eine Auflage von 17 Mill., daran waren beteiligt 68 Sonntag-

blätter mit 1.800.000, 67 Gemeindeblätter mit 2.800.000, 240 Blätter aus der Jugendarbeit mit 955.000 Auflage. Der Gesamt- umsatz der Blätter betrug 1.300 Mill., der Vorkauf von Briefen mit 500.000 Auflage. Das sind Zahlen, von denen die meisten keine Ahnung haben. In einer Stelle hat sich in den letzten 30 Jahren die

Presse zu einem Kulturinstitut

herangebildet. Der Redner forderte: noch größere Liebe zum Blatt der Kirche und noch mehr Verständnis für die Lebens- bedingungen der evangelischen Presse. Die moderne Gemeinde- arbeit nicht mehr ohne ihre Presse auskommen. Von einer ähnlichen Maßnahmen berichte der im Auftrag des Evang.-Soz. Presseverbandes für die Provinz Sachsen her- gestellte Film „Für Glaube und Genuß“, der die Massen- arbeit im letzten Jahre in S. P. v. e. in glücklicher Haltung eindrucksvoll festhält.

Die Eigenart der kirchlichen Presse wurde noch besonders gemahnt durch die Vorträge „Zur Psychologie des evan- gelischen Lesers“ und „Der Schriftleiter evangelischer Blätter“, von Dr. Dr. P. a m m e r. Galle führte aus: Die Zahl der Leser evangelischer Blätter ist größer als die Zahl der Hörer von Predigten. Die Kirche muß sich auf diese Tatsache ein- stellen, das Seelenleben des Lesers studieren und eine „Wid- der“ von Schriftleitern erziehen, die die Fähigkeit haben, den fernestehenden Leser in den Kreis der evangelischen Be- webung als tätiges Glied zurückzuführen. Zur Ausbildung eines Schriftleitertages wurde beschlossen, die Seiner- gemessenen-Stellung zu fördern, die

Für journalistischen Nachwuchs der Kirche

sorgen soll. In der ausführlichsten Ausprache wurde diskutiert, mit welcher Sorgfalt der evangelische Schriftleiter an seinem Blatt arbeiten, um es den technischen Anforderungen anzu- passen und wirtschaftlich sicherzustellen.

Auf der Generalversammlung sprach Gen.-Sup. Dr. Stolte über die großen Gesichtspunkte der Kirche in den kirchlichen Blättern. Im Gegensatz zur großen Tagespresse wird die kirchliche Presse die „kleine Presse“ genannt. Die Frage, die er aufgeworfen hatte, ob diese kleine Presse die Arbeit der Kirche und der Öffentlichkeit leisten kann, wurde durch die Debatte mit den verschiedensten Begründungen lebhaft bejaht. Im Einmütigkeit arbeiten evangelische und Evangelisch-Sozialer Presseverband an der Schaffung eines innerkirchlichen Defensivdienstes, der von der Einzelgemeinde aus die weltumspannende Kirche sieht und liebt.

Am die Jahresversammlung schloß sich eine feierliche Sitzung des Stadtrats unter persönlicher Leitung von Archivar Dr. Brinkmann an.

Metallwirtschaft überlegen die Zugänge an Arbeitslosen. Zudem erhöhte sich nach Quartalsfrist der Anstieg der arbeitslosen Angehörigen. In einigen Konjunktur- industrien schritt der saisonmäßige Aufstieg der Beschäftigung fort; doch war er zu schwach, um die entgegengekehrten Bewegungen des Marktes auszugleichen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung dürfte auf 765 000 (am 30. September 748 610) gestiegen sein. Diese Zahlen geben zwar bezeichnend nicht die Gesamtlast der Arbeitslosigkeit wieder; aber sie brüden wohl besonders auffällig die Bewegung des Arbeitsmarktes aus.

Allgemeine Arbeitsmarktlage des Arbeitsamtsbezirks Wittenberg vom 10. 10. bis 16. 10. 1929.

Die Lage des Arbeitsamtes hat sich für männliche Berufs- im Bereich des Arbeitsamtes Wittenberg (Bez. Halle) in der Berichts- woche weiter erheblich verschlechtert.

Die Lage auf dem weiblichen Arbeitsmarkt hat sich, gegenüber der Vormoche nicht verändert.

Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 1499 auf 1614 männl.

Die Zahl der Arbeitsuchenden fiel von 208 auf 207 weibl.

Der Abgang der männl. u. weibl. Arbeitsuchenden betrug 193

Der Zugang der männl. u. weibl. Arbeitsuchenden betrug 306

Die Zugänge rekrutieren sich vornehmlich aus den Berufs- gruppen der ungelerten Arbeiter und des Baugewerbes. Auch im Metall-, sowie Holz- und Schnitzgewerbe kam es zu Entlassungen infolge Auftragsmangel. Die Abgangsgänge einer Fingerring- fabrik stellen eine Anzahl Arbeiter in Zugang.

Aufnahmefähig zeigte sich in der Berichtswoche nur die Land- wirtschaft für jüngere Mäde und Knaben. Vereinzelt konnten auch Hausmädchen vermittelt werden.

Günstige Aussichten. In der chem. Industrie kam es zu ver- einzelt Entlassungen. Die Entlassungen erfolgten zum Teil infolge der Rationalisierung der Betriebe.

Restaurationsindustrie. Infolge Stilllegung einer Fingerring- fabrik wurden mehrere Arbeiter entlassen. Die Fingerringindustrie ist zum Teil entlassen. Entlassungen in der Berichtswoche erfolgten nicht. Schokoladen- und Worgarineherstellung. In beiden Industrien ist der Beschäftigungszustand noch gut.

Sie halten nichts von Doktorbüchern?

Sie haben recht. Viele stiften mit Lauter Heilkunst lauter Unheil. Lesen Sie einmal in Reinhardts Heil- kunde für Alle. Dann wissen Sie: dieses Werk ist eine aberragende Leistung. Reinhard sagt alles, was ein Laie verstehen kann. Ein stattlicher Band, 926 Seiten in Lexikonformat, 475 Bilder, tadello- gedruckt, vornehm in Ganzleinen gebunden 30 M. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Les- und Bildproben in den Buchhandlungen oder durch den

VERLAG HERDER / FREIBURG IM BREISGAU

ih. Woan? Du und ich allein haben in dieser Sache zu entscheiden.“

„Weiß deine Mutter, daß — daß ich nicht Vaters leid- liche Tochter bin?“

„Nein.“

„Aber sie weiß, daß du mich liebst und zur Frau neh- men willst?“

„Selbstverständlich!“

„Und sie hätte nichts dagegen?“

„Lott macht eine ungeduldige Bewegung.“

„Frage doch nicht so viel, mein Herz. Darauf kommt es ja doch gar nicht an.“

„Frage doch nicht so viel, mein Herz. Darauf kommt es ja doch gar nicht an.“

„Frage doch nicht so viel, mein Herz. Darauf kommt es ja doch gar nicht an.“

„Frage doch nicht so viel, mein Herz. Darauf kommt es ja doch gar nicht an.“

„Frage doch nicht so viel, mein Herz. Darauf kommt es ja doch gar nicht an.“

„Frage doch nicht so viel, mein Herz. Darauf kommt es ja doch gar nicht an.“

„Frage doch nicht so viel, mein Herz. Darauf kommt es ja doch gar nicht an.“

vor dir. Ich wollte dir den harten Kampf ersparen, den ich selber auch zu kämpfen hätte. Den Kampf mit dem

„Gloria!“ rufst Lott, erregt aufspringend, „das kann kein Ernst nicht sein! — Nein, nein, so kannst du es doch nicht gemeint haben! Das wäre ja Wahnsinn! Um sol- cher Hirngespinnne willen —“

„Nicht Hirngespinnne, Lieber, sondern eine traurige Wahrheit. Denke doch selber ruhig nach — die Gärtners- tochter hätte die Welt dir ja wohl noch verziehen, aber ein aimeloses Kindfand, dessen Herkunft niemand kennt, dessen Eltern Diebe, Betrüger oder Gott weiß was sonst gewesen sein können — würden sie dir wahrhaftig nicht verzeihen! Mindestens würde ich eine Reihe beständiger Konflikte ergeben, die für dich peinlich, für mich unerträglich

ist bemühtig wären!“

Er ballt die Hände. Verzweiflung malt sich in seinem Gesicht.

„Du hast mich nicht gewollt, Gloria, sonst würdest du alle diese Bedenken, die elende Barmut dir zuführt, gar nicht vorbringen, sondern nur auf dein Herz hören!“

Sie antwortet nicht, aber der Blick, mit dem sie ihn ansieht, strahlt eine solche Welt von Liebe und Schmerz aus, daß er erschüttert zu ihren Füßen niederstürzt und den Kopf in ihrem Schoße birgt.

„Vergeß —“ hammelt Lott abgerissen, „ich weiß, du hast dich so weit zu mich mehr liebt als dich selbst — aber was soll nun werden? — Ich kann dich nicht verlieren, Gloria! — Ohne dich gilt mir das Leben nichts!“

„Du wirst es wieder lieben lernen — später. Und — man verliebt einander nicht, wenn man wahrhaftig liebt, mein Herz! So wie dein Bild und deine Seele stets um mich waren, auch wenn du mich rüchlos fern warst, so wird die meine immer bei dir sein. Und dein Herz, deine Willenskräfte werden dir über die erste unglückliche Zeit hinweggehen.“

„Und dir? Was wird dir den Sommer tragen helfen?“

„Was mir bisher half! Arbeit, die Natur und die Sorge für andere, die noch ärmer sind als ich und meiner bedürfen!“ (Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft * Kultur * Leben

Die Wohnungsbaufinanzierung.

Seit Beginn des Jahres sind rund 180 Millionen RM. (d. h. etwa 19 v. H.) weniger Wohnungsbauhypothesen erteilt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders in den letzten Monaten fielen die Finanzierungen des Wohnungsbaus mit Hypothekendarlehen fast vollständig aus. Im dritten Vierteljahr dürften kaum mehr als 80 bis 90 Millionen RM. aufgebracht worden sein (gegenüber rund 345 Millionen RM. im Durchschnitt der ersten zwei Vierteljahre). Diese Abnahme ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kreditgewährung der Hypothekenanleiherbanken und der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten wesentlich nachgelassen hat.

Diese Institute haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres etwa 325 Millionen RM., d. h. rund 360 Millionen RM. weniger als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1928, an fiktivsten Hypotheken (auf schon länger bestehende Wohngebäude, gewerblichen Grundbesitz und Wohnungsneubauten) ausgeschrieben. Obwohl ein stetig wachsender Teil der Hypotheken der Bodenkreditinstitute auf Wohnungsneubauten gewährt wird, bleiben auch die auf Wohnungsneubauten gewährten Hypotheken erheblich hinter denen des Jahres 1928 zurück. Dagegen sind die Sparkassen stärker hervorgetreten; sie konnten jedoch den Rückgang in der Gewährung der Bodenkreditinstitute noch nicht ganz ausgleichen. Da sich die Wohnungsbaufinanzierung dieses Jahres bis jetzt annähernd auf Vorjahreshöhe gehalten hat, mußte der Ausfall an Hypothekendarlehen durch verstärkte Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite ausgeglichen werden. Der Betrag dieser „Zwischenkredite“ ist zur Zeit mit rund 1 1/2 Mrd. RM. zu veranschlagen.

Der Abgang der bereits fälligen Zwischenkredite stellen sich Schwierigkeiten entgegen; denn ein Teil der Bodenkreditinstitute ist infolge des stundenlang verhängten Abzuges nicht in der Lage, die früher zugewiesenen Hypothekendarlehen jetzt auch tatsächlich auszugeben. Somit können die Zwischenkreditinstitute diesen Teil ihrer Ausleihungen nicht wieder für andere Bauten zur Verfügung stellen. Die Erhöhung im Zwischenkreditgeschäft dürfte sich vor allem in einer Verzögerung der Baugewinnung während der nächsten Monate auswirken. Da vorläufig mit einer Belebung im Beleihungsgeschäft der Bodenkreditinstitute nicht zu rechnen ist und auch die Sparkassen kaum eine noch stärkere Ausdehnung der Neubeleihungen werden vornehmen können, sind die Aussichten für die Wohnungsbaufinanzierung, wie das Institut für Konjunkturforschung betont, um die Jahreswende 1929/30 noch ungünstiger als in den vorangegangenen Monaten.

Von Januar bis September werden 775 (Vorjahr 955) Millionen RM. von den Sparkassen, 95 (250) Millionen RM. von den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und 220 (280) Millionen RM. von den Hypothekenanleiherbanken, im ganzen hat die Hypothekengewährung im Ausmaß große Mäßigkeit mit der des Jahres 1927.

Voraussetzungen des Schadenerschaftsanspruchs.

Zur Klage einer Firma, die einen Kaufmann, der mit einem Dritten einen diesen wirtschaftlich weitgehend bindenden — vom Berufungsgericht aber nicht für unrichtig erachteten — Vertrag geschlossen hatte, wegen ihres Ausfalls bei häufigen Lieferungen an den Dritten in Anspruch nahm, führt das Reichsgericht im Urteil vom 12. März 1929 aus: Für die Frage, ob die Klägerin gemäß § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches Schadenerschaft fordern darf, spielt es keine Rolle, ob Sch. durch den Vertrag mit dem Beklagten in einer wider die guten Sitten verstoßenden Weise gebunden war, sondern es kommt darauf an, ob der Beklagte die Klägerin dadurch wirtschaftlich und gegen die guten Sitten verstoßend gebunden hat, daß dem Sch. die Selbständigkeit nur scheinbar bleiben, in Wirklichkeit aber entzogen wurde, so daß sie in den Glauben versetzt wurde, er könne über die Einkünfte seines Geschäftes verfügen und habe daher die Möglichkeit, seine Schulden zu bezahlen. Der Umstand, daß der Beklagte über die Vermögenslage der Klägerin zu Sch. nicht unterrichtet war, schließt seinen Vorfall nicht aus. Dieser erfordert nur, daß sich der Beklagte der Möglichkeit, es werde infolge seines Vertrags mit Sch. eine Schädigung von Gläubigern des letzteren eintreten, be-

mußt war, und daß er diesen Erfolg in seinem Willen aufgenommen hat. Einer Klage des Vorzuges des Beklagten gerade gegen die Klägerin bedurfte es nicht.

Gefahr vom Ausland.

Die aus dem Ausland eingefahrenen Nahrungs- und Genussmittel unterliegen im allgemeinen keiner Kontrolle, namentlich wird uns keine Garantie über die zur Verwendung gelangenden Rohstoffe geboten. Am meisten sind Getränke Fälschungen ausgesetzt. Ueber Fälschungen von Auslandsweinen — und wenn es auch nur in der mildsten Form des „Verfälschens“ geschieht — brauchen wir kein Wort zu verlieren. Der Chemiker arbeitet nicht selten Hand in Hand mit dem Exporteur.

Das Bier ist dagegen seiner ganzen Natur nach weniger Fälschungen ausgesetzt, da sein Grundstoff, das Maltz, schwerlich durch andere Stoffe zu ersetzen ist. Dagegen unterliegt die Hopfung des Bieres in Ländern, wo der Hopfen kein Landeserzeugnis ist, vielfachen Fälschungen durch andere Bitterstoffe. Selbst in der Tschechoslowakei scheint man es mit der Hopfung des Bieres nicht so genau zu nehmen. Auf einem Reklameflugblatt, das ein führender Brauereifabrikant unterschrieben hat, ein „bewährter Hopfenersatz“ empfohlen und zugleich darauf hingewiesen, daß es böhmisches Brauerieien mit „vollem Erfolg“ benutzen. Eine marktscheuerische Reklame für einen Artikel bejaht natürlich an sich nicht viel, es ist auch nicht anzunehmen, daß der „bewährte Hopfenersatz“ in der Tschechoslowakei sich im größeren Umfang eingebürgert habe, doch mahnen uns solche Umfindungen immerhin zur Vorsicht. Die deutschen Biere sind jedenfalls frei von Ersatzstoffen, da durch Reichsgesetz ausschließlich die Verwendung von Hopfen und Maltz im Braueriefahren festgesetzt ist. Es liegt demnach kein Grund vor, die eingefahrenen Biere oder die anderen tschechischen Biere in diätetischer Hinsicht höher zu bewerten als unsere heimischen Biere, die so reich abgestimmt sind, daß sie jedem Gesundmaß Rechnung tragen.

Praktisch und nützlich.

Winte mit dem Kochöffel.

Das Wort *Pastete* ist schreckt die meisten Hausfrauen ab, weil sie sich darunter etwas ungeheuer Schwieriges vor"nen. Der Mühlsteig wird so in die flache Back-



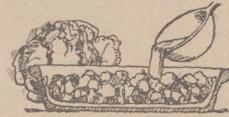
So hergerichtet kommt die Pastete auf den Tisch.

schüssel gelegt, daß er festlich etwas den Rand hängt. Der kleinere Deckel wird dann fest oben an den Rand gedrückt wenn die Füllung darin ist. Für eine mittelgroße Form reichen gut 250 Gramm Mehl, die mit 65 Gramm Mehl, die mit 65 Gramm zerpfückelter Butter, einem Ei, etwas Milch, Salz und Pfeffer zu einem glatten Teig geknetet werden. Als Füllung ist ein kräftiges Gemüsegemisch ausgezeichnet, das aus Resten von Gemüse mit Tomatenmark und Pilzen fertiggekocht ist und mit rohen, sehr dünnen Scheiben von Kalbfleisch bedeckt wird, die man mit Butter bestreicht und in Parmesanmilch wälzt. Der Deckel wird darübergebreitet und man muß das Gemüse nicht zu trocken einfüllen, sonst wird die Pastete sehr trocken. Etwa eine Stunde muß sie backen.

Ausgezeichnet ist auch eine *Wirsingpastete*. Auf den Teigboden legt man den grob zerpfückelten Wirsing, der mit Salzwasser überbrüht worden ist und zu Bällchen geformt wird. Man legt von diesen Bällchen immer eins abwechselnd mit einem kleinen abgekochtem Fleischbällchen oder einem Stückchen Halberstädter Wurst auf den Teigboden. Eine kräftige Soße von heller Mehlschwitze, Ge-

müzen, dem Büschelwaffel und Sahne wird über die dicht eingefüllten Wirsingbällchen und Wurstbällchen gegeben. Der Teigboden verfährt sich das Geheimnis. 1 1/2 Stunden muß die Pastete backen.

Zu kaltem Omelett sind ganz vorzüglich die Fleischpasteten, unter denen eine Leberpastete schwedischer Herkunft



Der zerpfückelte Wirsingbällchen wird mit Salzwasser überbrüht.

kunft auch in dem neuen Matgeber der Hausfrau: „Das goldene Buch der Küche“ (Verlag Illstein) zu finden ist. 500 Gramm enthäutete Leber wird zweimal gemahlen; ebensoviel Speck zerhackt und einmal mitgemahlen. Die Masse wird mit zwei Eiern, 1 1/2 Tassen Mehl, 1 Tasse Sahne, sechs gehackten Anchovis, weißem Pfeffer, Majoran, geriebener Zwiebel, fünf Teelöffel Salz und einem halben Teelöffel Zucker gerührt und in eine mit Speckschmalen ausgelegte längliche Form gefüllt. Ueber die Form bindet man ein Stück gefaltetes Papier und bäckt die Pastete zwei Stunden.

Auch eine Hühnerpastete findet Liebhaber. Von einem Suppenhuhn wird das ganze Fleisch abgelöst und durch die Maschine getrieben. Die Knochen sind Unterlagen einer Montagsuppe, der ein Stück Gefrierfleisch noch etwas auf die wackigen Beine hilft. Für das Hühnerfleisch wird ein Pössel Butter mit soviel Mehl, wie es



Der Deckel der Pastete wird fest auf den Rand gedrückt

aufnehmen mag, angeröstet, und eine Tasse Beilke rührt man dazu. Die Masse muß sich wie Kloßteig vom Topfe lösen und hat dann halt zu werden. Das gewasene Fleisch, in Butter gebünstete gemessene Zwiebel, zwei Pössel Parmesanmilch, fünf Pössel Kaffeeschale, einen halben Teelöffel abgeriebene Zitronenschale, Salz, ein Schälchen Muskatnuss, etwas Pfeffer, vier Eigelb und das zu Sahne geklagene Gemisch werden mit dem Koch verrührt, genau der Reihenfolge nach. Die Masse stampelt man mit Teifflächchen aus einer Bällche zur lecherhaften Pastete. In gebutterter Puddingform, die man mit gehackten Trüffeln bepanzert, kocht sie eine Stunde im Wasserbad. Sie kommt warm



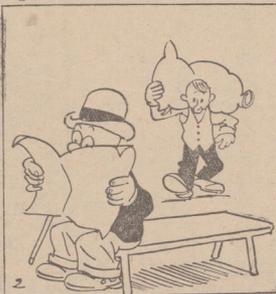
Das Fleisch wird durch die Maschine gedrückt.

oder kalt vorgelegt werden und findet, daß ihr eine Madeirasofe gut steht, solange sie warm ist, und eine Kräuterzofe sich ihrer Garnitur von Zitronen, Tomaten und Petersilie famos anpaßt, wenn man sie kalt dem Genießer zuführt.

Stups macht eine Bant-Erziehung



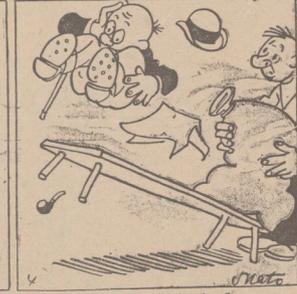
Freund der Luft belamteremachen, geht der Stups hier, durch die Straßen.



Da er müde Beine hat, geht sich Stups — und schaut ins Blatt.



Fremder Mann schleppt Bürde her — Doch der End wird ihm zu schwer.



Wirkung: Wippel Schredenstrank steigt Stups aufwärts — durch die Bant.

10. Volkswohl-Lotterie

Ziehung vom 9.—15. November

Loose 1.—M., Doppellose 2.—M. zu haben bei

Richard Arnold, Leipziger Str. 64



Für die Schule

kauft die kluge Mutter ihren Kindern
Bleyle-Kleidung

Sie weiß: Bleyle-Kleidung sieht flott und vornehm aus, ist gesund und praktisch, unverwundlich im Tragen und, was auch den Vater freut: sie ist überaus preiswürdig. Machen auch Sie einen Versuch.

Wilhelm Weydanz

Alleinige Verkaufsstelle für Kemberg und Umgegend

Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager
Rich. Arnold.

Wie sieht Ihr neues Fahrrad nach zwei Jahren aus?

Gewiss, die Pflege macht viel aus. Wenn man es darauf absieht, kann man das beste Rad ruinieren. Wenn Sie aber ein **Miele-Rad** kaufen und es pflegen, dann werden Sie Ihre Freude an der erstklassigen Vernicklung und Emaillierung noch nach Jahren haben. Wir verbürgen uns dafür mit dem guten Namen aller unserer Fabrikate. Bitte, fragen Sie den, der schon ein

Miele-Rad besitzt.

Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter.

Miele-Fabrikate sind stets bei **Artur Meier, Kemberg**, Dübenerstraße 9, zu haben.

Handtaschen ◀ Aktlenmappen

Portemonnaies - Reisekoffer

empfehlen äußerst billig

Richard Arnold, Kemberg

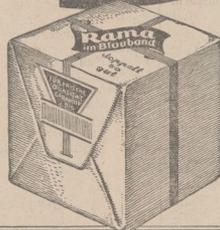
In diesem Zeichen

liegt die Garantie für frische Qualität. Nur Rama im Blauband bietet Ihnen diese Sicherheit durch das Garantie-Datum auf jeder Packung: für guten Einkauf die beste Gewähr:

**FÜR FRISCHE
QUALITÄT
GARANTIERT
BIS:**

MARGARINE

Rama im Blauband



doppelt so gut

½ Pfd **50 Pfg**

Kaufe laufend
mageres Jungvieh
auch
magere hochtrag. Kühe
gegen Kasse oder gegen Heu u. Stroh
Louis Heintich, Glogitz

Pergamentpapier
empfehlen **Richard Arnold**

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes
Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber
und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher
Zähne in Kautschuk, Gold u.
unedelten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten
und Stützähne.

Reparaturen werden schnell-
stens ausgeführt.

Magen- und Darmschwäche

machen reißbar und arbeitsunfähig. Nehmen Sie eine Zeltung Reicherts Magen- und Darmtrakt „Marte Medico“, der Ihnen durch seine sarte Anregung der Magen- und Darmmuskulatur, sowie Dehnung der Darmfähigkeit wohltun wird. In Drogerien und Apotheken erhältlich, aber echt nur in Originalabfüllungen mit „Marte Medico“.

Bestimmt zu haben bei: Apoth. Carl Elbe, Löwen-Apothete u. Drogerie, Kemberg
Am **Sonabend** mittags von 11-1 Uhr stelle ich einen Transport

bei Gastwirt **Fehner, Weinberge** preiswert zum Verkauf
Reinhold Hartig, Raditz

kräftige Ferkel

Sparen ist ein Zauberspiel.



denn aus wenig macht es viel.

Stadtparkasse Kemberg

täglich von 8 bis 12 Uhr geöffnet

Am appetitlich gedeckten Tisch,

schmeckt das Essen noch einmal so gut! Da blinken und funkeln auf schneeweiß frischduftender Persilwäsche die Messer, Gabeln und Löffel, die durch Ata, Henkels Putz- und Scheuerpulver so rasch zu putzen sind. Ata gibt allen Gegenständen aus Holz, Stein, Marmor, Porzellan, Glas und Metall spiegelnden Glanz, Reinheit und Frische. Ata ist sparsam und billig. Die praktische Streulfasche kostet nur 20 Pfennig.

ATA

putzt und scheuert alles.

Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.



Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprech-Nr 203

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Musterisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höhere Gebote, Betriebsführung, Streit ufm. erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Sechspaltige Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die Doppeltspaltige Kleinzeile 10 Pfg., Ausnahmestellen 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiebergabe unbedingt gesicherte oder durch Fernspeicher aufgenommene Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mkt. das Laufen, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 124

Sonnabend, den 19. Oktober 1929

31. Jahrg.

Donnerstag, den 24. Oktober, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.
Kemberg, den 17. Oktober 1929.
157] Der Magistrat.

Personenstandsaufnahme.

Die Wohnungs-, Hauslisten und Betriebsblätter sind sofort in der Stadtschreiberei abzugeben.
Kemberg, den 18. Oktober 1929.
158] Der Magistrat.

Politischer Wochenspiegel.

Immonopol
erenz. —
brühtung.
iger Be-
von der
das der
annt ist,
em. Auf
den allen
eben da-
er Wahl-
ingezeit
daß der
s freige-
ren ver-
daß die
men am
moderne
er abge-
gefallen
wer in
Recht be-
finden
ung des
deutsches
für die
nachen zu
Gesamt-
hatten
ffäre in
präsident
auf dem
ten, daß
die Lösung
eine Klärung
oder gar eine
Verhütung ge-
bracht fäßen.
So wird der
Kampf also
noch manches
Moment von
Bewirrung,
Gefährlichkeit
und politischer
Verhehung
höchst bedauerlicher
Art bringen,
bis das Ergebnis
der
Eintragungen
endgültig festfällt.

Inzwischen verhandelte der Reichsfinanzminister dem eine Aufstellung seiner — ach, immer so betrieblüchtern — Kassen um 500 Millionen Reichsmark befordern auf tun wurde, immer noch mit dem Streichholzstängel Feuertreuer, und alle Dementis verdammt nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die Beratungen noch fortdauern und daß man mit einem Ergebnis in der nächsten Woche rechnen darf. Unmittelbar ist in der Hauptklausel nur noch die Realverteilung der geplanten 500-Millionen-Anleihe, für die als Berechnungsfaktoren der Nominalzins von wahrscheinlich 6 Prozent, der Auszahlungszins von 93 Prozent und der Anteil des Schwemmetris aus dem Ubergewinn des Zündholzmonopols nach der Verteilung einer achtprozentigen Dividende in Betracht kommen. Wie hoch neben dem Anteil des Reiches an diesem Ubergewinn die Beteiligung des schwedischen Trusts bemessen werden soll, ist noch eine offene Frage. Für die Position des Finanzministeriums ist bei dem Schacher um den Gewinn natürlich fördernd und stützend, daß auch eine englisch-amerikanische Kapitalistengruppe nicht abgeneigt sein soll, dem Reiche mit einer größeren Anleihe unter die Heils offenen Arme zu greifen.

In Genf ist bekanntlich seit einigen Tagen die Kohlenkonferenz im Gange. Es nehmen daran 22 Sachverständige aus der Kohlenindustrie, der Kohlenarbeitervereinigungen und Vertreter von staatlichen Kohlenämtern und Verbrauchervereinigungen teil. Die Verhandlungen werden von dem Staatssekretär von Trendelenburg geleitet. Ein Hauptpunkt der Verhandlungen bildet die Aufteilung des Kohlenmarktes. Sowohl von englischer wie von deutscher Seite ist wiederholt dazu die An-

regung ergangen. Sie ist so gedacht, daß der Kohlenmarkt für jede Landesindustrie bestimmte Grenzen erhält, so daß die Konkurrenz ausgeschlossen bleibt und die Kohlenproduktion mit bestimmten Sätzen rechnen kann. Daß die Lösung dieser Frage außerordentlich schwierig ist, weil sie jede weitere Ausdehnung des Exports verhindert, läßt sich leicht vorstellen. Aus diesem Grunde wird es wahrscheinlich, wenn schon ein derartiges Abkommen zustande gebracht wird, dazu kommen, daß die englische und die deutschen Kohlenindustrie eine Verständigung unter sich versuchen, und daß demnach die Ausbreitung des Marktes nicht so eng gesetzt zu werden braucht.

In London sind die Antworten Frankreichs und Japans auf die Einladung zu der Seebefruchtungskonferenz eingetroffen. Sie lauten zum Inhalt. Was das ist nur eine Formfrage, und wenn man die französischen Aufzeichnungen überfliegt, die den Beschluß des Ministerrats begleiten und die Spalten der französischen Presse täglich füllen, so kann man sich schwerlich des Eindrucks erwehren, daß in Frankreich eine Stimmung vorhanden ist und Absichten verfolgt werden, die von vorherherein die Verhandlungen der Londoner Fünfmächte-Konferenz stark belästigen werden. Auch in den Kommentaren zu der Annahme der englisch-amerikanischen Einladung kommen die zwei wesentlichen Gesichtspunkte der französischen Flottenpolitik wieder besonders deutlich zum Ausdruck, einmal die Unbedingtheit Ablehnung eines Verzichts auf die Unterseebootwaffe und zu anderen das Beharren auf der Forderung, daß der Abschluß eines Seebefruchtungsvertrages nur gleichzeitig mit einer Ausrüstungsverpflichtung erfolgen könne. Dieser Auffassung stellt man in englischen politischen Kreisen die Hoffnung gegenüber, daß eine Verständigung über die Seebefruchtung das Zustandekommen von Vereinbarungen auf den anderen Gebieten erleichtern und beschleunigen würde und daß man deshalb zuerst den zunächstliegenden und am besten vorbereiteten Schritt tun solle. Es fragt sich nur, ob Frankreich solchen Gedankengängen gegenüber bereit sein wird, auf seine Politik der Vorbehalte zu verzichten.

Zur Schluß-Konferenz in Haag. Saarfrage und Youngplan.

— Berlin, 18. Oktober.

Als Dr. Curtius sein Amt als stellvertretender Reichsaußenminister antrat, stand fest, daß er die Aufgabe haben werde, die Schlußverhandlungen in Haag zu führen und

die deutsche Unterfrist

unter das Young-Abkommen zu leisten. Es ist aber kaum damit zu rechnen, daß die Schlußverhandlungen vor dem 15. Dezember aufgenommen werden. Da sie mindestens zwei Wochen laufen dürften, könnte man nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen der Youngplan unter Dach und Fach lei. Mit dieser langen Verzögerung haben auch

die Träger des Volksbegehrens

gerechnet, die laut vor die Frage gestellt worden wären, ob es überhaupt Zweck hätte, das Volksbegehren durchzuführen, wenn es sich gegen einen bereits abgeschlossenen internationalen Vertrag wenden müßte.

Die Schuld an dieser Verzögerung

tragen die Kommissionen, die man in Haag eingeleitet hat und die ihre Aufgaben nur sehr schleppend durchführen. Am schnellsten arbeitet noch der Organisationsausschuß für die Reparationsbank, der wahrscheinlich schon in dieser, spätestens aber Mitte nächster Woche seine Beratungen beendet haben dürfte. Zur Entscheidung steht dort eigentlich, außer kleinen technischen Fragen, nur noch

der Sitz der Bank und die Zusammenlegung des

Volkslandes.
Daß ein Amerikaner den Vorsitz erhalten soll, ist inzwischen entschieden.

Es ist daher durchaus begründet, wenn sich die beteiligten Regierungen namentlich Deutschland, bei dem Vorigen den der Saenger Konferenz, dem belgischen Ministerpräsidenten Talpar, über den langsamsten Gang der Verhandlungen in Paris, Brüssel und auch in Genf beklagen. Aber auch Japan hat von sich aus bereits den Kommissionen eine Beilegung ihrer Arbeiten empfohlen.

Somit man hofft, werden die Kommissionen für die Neuordnung des Sachlieferungswezens, für die Liquidierung der Bergangehörigkeit, für die Regelung der Reparationen, die Kommissionen zur Festlegung der neuen Statuten der Reichsbank und der Reichsbahn-Gesellschaft gerade in den Anfängen ihrer Aufgabe. Besonders in den ersten drei Kommissionen, die in Paris tagen, geht es sehr lebhaft zu, und es ist wegen der

Reichspräsident und Volksbegehren.

Hindenburg will nicht in den Streit gezogen werden.

— Berlin, 17. Oktober.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichspräsident an den Reichstagspräsidenten das nachstehende Schreiben gelangen lassen:

Berlin, den 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident!

Mit freudigem Befremden habe ich die Wahrscheinlichkeit machen müssen, daß in dem Kampf um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren befürwortenden Parteien und Gruppen meine Person und meine persönliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Planes in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre, und von der anderen Seite betont, daß ich mich für die Annahme des Young-Planes feigelegt hätte.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder erteilen Anlaß gegeben habe, meine persönliche Meinung zu diesen Kreisläufen bekanntzugeben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mir meine endgültige Stellungnahme in dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, in dem die hochbedeutsame Frage zur Entscheidung reif ist und nach Wahgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Verbindung oder eine Ausweitung der Verbindung verfassungsmäßig zustandekommener Gesetzesbeschlüsse an mich herantritt, und hieran halte ich mich bis heute fest.

Ich bitte Sie, Herr Reichstagspräsident, hiervon Kenntnis zu nehmen und das Bestehende den im Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der mir den Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihre ergebener

von Hindenburg.

Von Seiten der Reichsregierung wird hierzu erklärt: „Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, die Verleumdung des Herrn Reichspräsidenten entsprechend seinem Wunsch namentlich im Reichstagsausschuß um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.“

Kreditangebot an das Reich

... und das Zündholzmonopol.

— Berlin, 17. Oktober.

Als in Berlin die Verhandlungen mit dem Leiter des Streichholztrustes liefen, tauchte die Nachricht auf, Deutschland hätte von englisch-amerikanischer Seite ein Kreditangebot erhalten, das außerordentlich günstig lautete und an seine Bedingungen geknüpft worden sei. Man könnte nun den natürlichen Abbruch der Kredit- und Monopolverhandlungen in Berlin mit dieser Meldung in Zusammenhang bringen. Es ist aber nur eine Verhandlungspause eingetreten. Seitens der Regierung sind freilich beträchtliche Einschränkungen in der Monopolfrage gemacht worden. So will sie unbedingt das Hauptbestimmungsrecht über die Verkaufspreise behalten. Ueber die kritischen Punkte werden schon in aller nächster Zeit weitere Besprechungen geführt werden.

Was das englisch-amerikanische Kreditangebot anlangt, ist dort gesagt worden, daß uns kein Angebot gemacht werden ist, sondern für den Fall einer günstigeren Kapitallage uns ein größerer Kredit in Aussicht gestellt worden ist. Das ist das Ergebnis von Verhandlungen, die namentlich auf Antrage der Regierung führten. Bekanntlich hat der Reichsfinanzminister die Absicht gehabt, eine Auslandsanleihe aufzulegen. Er sah davon ab, weil der Geldmarkt besonders in Amerika das Auskommen der Anleihe ungeheuer erziehen ließ. Aber die damals geführten Verhandlungen ließen doch erkennen, daß das Auslandskapital geneigt ist, im Notfall dem Deutschen Reiche einen größeren Kredit zur Verfügung zu stellen. Diese Aussicht führt selbstverständlich dem Finanzminister in den Verhandlungen mit dem Schwedentrist des Wladgrat, und seine konsequente Haltung allein war der Grund, daß die fortgesetzten Verhandlungen in letzter Stunde unterbrochen wurden.

Die Genfer Seemanns-Konferenz.

Konflikt der Arbeitnehmerverbände.

— Genf, 17. Oktober.

Die internationale Seeschiffahrtskonferenz, die zurzeit in Genf tagt, hat unter ungünstigen Vorzeichen begonnen. Die Gruppe der Arbeiter hat einen Zweipakt, der innerhalb der Gruppe der Seemannsverbände vorhanden ist, tatächlich gefehlt ausgenutzt und zu einem Vorstoß gegen die geplante Einführung des internationalen Abfindungsprinzips auf See wahrgenommen. Der Konflikt hat sich so zugepunkt, daß die praktischen Arbeiten der Konferenz vollkommen lahmgelegt sind, und seit Tagen bemüht sich das Büro und insbesondere der Direktor des Internationalen Arbeitssamts vergeblich um einen Ausgleich.